ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Klingemann, Hans-Dieter

Research Report — Digitized Version

Formen, Bestimmungsgründe und Konsequenzen politischer Beteiligung: ein Forschungsbericht

Informationen aus Lehre und Forschung, No. 6/1985

Provided in Cooperation with:
WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Klingemann, Hans-Dieter (1985) : Formen, Bestimmungsgründe und Konsequenzen politischer Beteiligung: ein Forschungsbericht, Informationen aus Lehre und Forschung, No. 6/1985, Presse- und Informationsstelle der Freien Universität Berlin, Berlin

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/112673

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

WZB
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).
Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.
The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:
Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000 verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.
More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000.

FU | BERLIN

Informationen
aus Lehre und Forschung 6/1985

ZENTRALINSTITUT FÜR SOZIALWISSENSCHAFTLICHE FORSCHUNG
DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN

Formen, Bestimmungsgründe und Konsequenzen politischer Beteiligung

Ein Forschungsbericht

Hans-Dieter Klingemann

Formen, Bestimmungsgründe und Konsequenzen politischer Beteiligung

Ein Forschungsbericht

Hans-Dieter Klingemann

März 1985

Im Auftrag des Präsidenten der Freien Universität Berlin.

Herausgegeben von der Presse- und Informationsstelle der Freien Universität Berlin, Altensteinstraße 40, 1000 Berlin 33, Tel.: 030 /838 27 46.

Verantwortlich: Dr. Johannes Schlootz

Redaktion: Frauke Burian

Druck: Zentrale Universitätsdruckerei

Auflage: 300

Berlin, März 1985

Kontakt: Prof. Hans-Dieter Klingemann, FU Berlin
Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung
Sarrazinstraße 11-15
1000 Berlin 41
Tel. (030) 8 52 40 78

VORWORT

Der vorliegende Forschungsbericht informiert über einige Teil-Ergebnisse einer größeren sozialwissenschaftlichen Untersuchung, die in der Schriftenreihe des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin unter dem Titel "Wählerschaft und Führungsschicht in Berlin. Eine Analyse gesellschaftlich-politischer Konflikte anläßlich der Wahlen 1981" im Westdeutschen Verlag, Opladen 1985 erscheinen wird.
Dieser Band befaßt sich mit den aktuellen und längerfristigen Problemen des politischen System in Berlin (West). Dabei werden unter anderem die Berliner Wahlen von 1981 im Kontext politischer und gesellschaftlicher Veränderungen seit 1949 analysiert, das soziokulturelle Milieu der Alternativen Liste untersucht, in grundsätzlicher Weise das Problem der Hausbesetzungen beleuchtet sowie allgemeine Veränderungen im Bereich politischer Beteiligung und Wertortientierungen empirisch erfaßt.
Eine Besonderheit des Forschungsprojektes ist die unmittelbare Verknüpfung der analytischen Ebene der Wählerschaft und die der politischen Führungsschicht. Ausführlich werden Struktur, Zirkulation und Wertorientierungen der politischen Führungsschicht einer Analyse unterzogen, die Einbindung der Parlamentarier in das Netzwerk gesellschaftlicher Interessen betrachtet und ein Vergleich politischer Vorstellungen und Wertorientierungen von Wählern und Politikern vorgenommen.

Das umfangreiche Gesamtvorhaben stand unter der Leitung von Prof. Dr. Hans-Dieter Klingemann und Prof. Dr. Dietrich Herzog. Mitarbeiter des Projektes waren außerdem Dipl.-Pol. Hans-Berthold Hohmann, Dipl. Kommunikationswirt Thomas Pahnke, Dr. Horst Schmollinger, Privatdozent Dr. Richard Stöss, Privatdozent Dr. Friedrich Tiemann, Andrea Volkens M.A. und Dipl.-Soz. Bernhard Weßels (alle Freie Universität Berlin) sowie Dr. Helmut Thome (Technische Universität Berlin).

Das Forschungsprojekt wurde von der Stiftung Volkswagenwerk und der Freien Universität Berlin finanziell unterstützt. Die Bevölkerungsumfrage erfolgte in Zusammenarbeit mit der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim.

Prof. Dr. Theo Pirker
Geschäftsführender Vorsitzender
des Zentralinstituts für sozial-
wissenschaftliche Forschung

INHALT

		Seite
1.	Einleitung	5
2.	Begriff und Formen der politischen Beteiligung	7
2.1	Begriffsbestimmung der politischen Beteiligung	7
2.2	Formen und Indikatoren der politischen Beteiligung	8
2.3	Dimensionen der politischen Beteiligung	15
3.	Bestimmungsgründe der konventionellen und der unkonventionellen politischen Beteiligung	24
3.1	Demographische Merkmale	25
3.2	Sozioökonomische Merkmale	28
3.3	Bindung an Organisationen	33
3.4	Wertorientierungen	38
4.	Zusammenfassende Analyse der sozialen und wertbezogenen Bestimmungsgründe der politischen Beteiligung	41
4.1	Konventionelle politische Beteiligung in West-Berlin	45
4.2	Unkonventionelle politische Beteiligung in West-Berlin	48
4.3	Konventionelle politische Beteiligung in den AL-Gebieten West-Berlins	51
4.4	Unkonventionelle politische Beteiligung in den AL-Gebieten West-Berlins	53
4.5	Zusammenfassung der Ergebnisse	55
5.	Das Beteiligungsrepertoire der Bevölkerung	57
6.	Das Gewaltpotential	62
7.	Die Konsequenzen der politischen Beteiligung	67
Anmerkungen		77
Literatur		83
Anhang		86

FORMEN, BESTIMMUNGSGRÜNDE UND KONSEQUENZEN POLITISCHER BETEILIGUNG

Hans-Dieter Klingemann

1. Einleitung

Das allgemeine Recht aktiv am Prozeß der politischen Willensbildung teilzunehmen, ist ein zentraler Wert liberal-demokratischer Verfassungen. Die Bürger selbst sollen über ihre Interessen befinden. Daß sie rational und verantwortlich entscheiden, wird ihnen als Verpflichtung auferlegt. Dieser normative Dualismus ist Gegenstand vielfältiger demokratietheoretischer Erörterungen, die über den engeren fachwissenschaftlichen Bereich hinauswirken.

Das verfassungsmäßige Recht auf freie und gleiche politische Beteiligung hat weitreichende Konsequenzen für die Struktur der politischen Eliten, die Zirkulation der Eliten und die Art der Interessenrepräsentation. Schon aus diesem Grunde kann es nicht überraschen, daß die Frage nach der Legitimität der Mittel, mit denen Bürger ihren politischen Vorstellungen Nachdruck verleihen wollen, Gegenstand auch der politischen Diskussion ist.

Wir wollen und können uns aus diesen allgemeinen Bezügen nicht lösen, doch verfolgt dieser Beitrag nur ein eingeschränktes Ziel. Im Mittelpunkt steht eine empirische

Bestandsaufnahme der Beteiligungsbereitschaft der Bürger; für die gefundenen Unterschiede wird versucht, eine systematische Erklärung anzubieten. Darüber hinaus wird das Verhältnis der Politikprioritäten der Wählerschaft und der politischen Führungsschicht diskutiert. Gegenstand der empirischen Untersuchung ist die Bevölkerung West-Berlins in der Situation des Jahres 1981.

Die politische Beteiligungsbereitschaft der Westberliner wird allgemein hoch eingeschätzt. Die Freiheitskundgebungen der frühen Nachkriegsjahre, die eindrucksvollen Reaktionen der Bevölkerung auf den Mauerbau, die Studentenbewegung und jüngst der Protest der Hausbesetzer haben diesen Eindruck unterstrichen. Auch das Ausmaß der Beteiligung der Bevölkerung an den Unterschriftensammlungen von CDU und AL mit dem Ziel, das Stadtparlament aufzulösen und 1981 Neuwahlen anzusetzen, haben dazu beigetragen. Etwa 18 Prozent der wahlberechtigten Berliner hatten sich in kurzer Zeit in die entsprechenden Listen eingetragen.

Trotz dieser Beispiele, die - wenngleich auf sehr unterschiedliche Ziele gerichtet - doch insgesamt für eine hohe politische Beteiligungsbereitschaft der Westberliner sprechen, fehlen gerade in diesem Bereich empirisch gesicherte, generalisierbare Erkenntnisse.

Wir wollen in diesem Kapitel auf der Basis einer, im Einklang mit der methodischen Entwicklung der bisherigen Partizipationsforschung stehenden Umfrage eine Typologie der

politischen Beteiligungsformen entwickeln, den Grad der Beteiligungsbereitschaft beschreiben, die demographischen, sozioökonomischen, organisations- und wertbezogenen Bestimmungsgründe der politischen Partizipation herausarbeiten, Modelle für die Erklärung von Beteiligungsbereitschaft - bezogen auf diese Merkmale - vorschlagen, das Beteiligungsrepertoire zusammenfassend darstellen und die Konsequenzen andeuten, die sich daraus für die politischen Parteien und den Prozeß der politischen Repräsentation ergeben.

2. Begriff und Formen der politischen Beteiligung

Die Partizipationsforschung hat sich in den vergangenen Jahren als ein wichtiger Zweig der Politikwissenschaft herausgebildet. Die Anzahl der Publikationen zu diesem Thema ist groß, und eine zusammenfassende Darstellung des gegenwärtigen Stands der Diskussion in diesem Bereich geht weit über die Absicht des hier geplanten Beitrages hinaus. Dennoch ist es geboten, den weiten Begriff der politischen Beteiligung näher zu bestimmen um klarzulegen, wie er in unserer Studie gebraucht wird.

2.1 Begriffsbestimmung der politischen Beteiligung

Nie/Verba (1975) verstehen unter politischer Partizipation solche legalen Aktivitäten der Bürger, die mehr oder weniger direkt darauf gerichtet sind, die Auswahl des politischen

Personals, unter Berücksichtigung der politischen Ziele, die es verfolgt, zu beeinflussen[1]. Wir schließen uns dieser Definition insoweit an, als sie den Begriff auf die Beziehungen zwischen den politischen Herrschaftsträgern und den Bürgern einschränkt. Die Beteiligungsformen durch das Kriterium Legalität zu begrenzen, erscheint uns dagegen als zu restriktiv. Wir wollen den Begriff politische Beteiligung vielmehr auf alle Verhaltensweisen ausdehnen, durch die der Bürger den Prozeß der Schaffung und autoritativen Zuweisung von Werten in der Gesellschaft, d.h. den politischen Entscheidungsprozess zu beeinflussen versucht.

2.2 Formen und Indikatoren der politischen Beteiligung

Gestützt auf die Erkenntnisse der Partizipationsforschung unterscheiden wir zwischen "konventionellen" und "unkonventionellen" Beteiligungsformen. Zu den konventionellen Beteiligungsformen zählen die Nutzung der Massenmedien für die politische Information ebenso wie die politische Überzeugungsarbeit und andere wahlkampfbezogene Aktivitäten der Bürger. Sie werden konventionell genannt, weil sie weitgehend institutionalisiert sind und vom überwiegenden Teil der Bevölkerung als legitim angesehen werden. Im Gegensatz dazu werden diejenigen politischen Beteiligungsformen als unkonventionell bezeichnet, die nicht institutionalisiert sind und, obschon in der Regel legal, dennoch von einem größeren Teil der Bevölkerung als illegitim angesehen werden.

Die hier betrachteten Formen konventioneller und unkonventioneller politischer Beteiligung werden durch Indikatoren repräsentiert, die der Political Action Studie entnommen sind[2]. Durch sie lassen sich - das wurde in der genannten Studie gezeigt - diese Beteiligungsdimensionen empirisch sinnvoll abgrenzen. Darüber hinaus ermöglicht es die Wahl dieser Indikatoren, die Beteiligungsbereitschaft der westberliner und der westdeutschen Bevölkerung miteinander zu vergleichen.

Bei den konventionellen Beteiligungsformen handelt es sich einmal um Verhaltensweisen, wie den politischen Teil der Zeitung zu lesen, sich an einer politischen Diskussion zu beteiligen oder Freunde für die eigenen politischen Ansichten zu gewinnen suchen. Diese Aktivitäten unterscheiden sich von anderen konventionellen Beteiligungsformen, wie zum Beispiel eine Wahlversammlung zu besuchen oder Zeit zu opfern, um einen Kandidaten oder eine politische Partei zu unterstützen, durch die Öffentlichkeit, die über die Privatsphäre (Familie, Freundeskreis u.a.) hinaus hergestellt wird und die Institutionalisierung der Beteiligungsgelegenheit (Wahlen, Wahlkämpfe u.a.). Alle konventionellen Beteiligungsformen können als legal und gewaltfrei gekennzeichnet werden.

Die unkonventionellen Beteiligungsformen kann man - theoretisch begründet, angelehnt an Muller[3], insbesondere Fuchs[4] und auch Uehlinger[5] - in die legal unkonventionelle politische Beteiligung, den zivilen Ungehorsam sowie die politisch motivierte Gewalt untergliedern. Die legal

unkonventionellen Beteiligungsformen (Bürgerinitiativen, Unterschriftensammlungen, genehmigte politische Demonstrationen, Boykotts) sind nicht gesetzeswidrig, gewaltfrei, nicht institutionalisiert und implizieren Öffentlichkeit. Der zivile Ungehorsam (Steuerverweigerung, Aufhalten des Verkehrs, Gebäudebesetzungen u.a.) verletzt dagegen heute geltendes Recht. Die Anwendung physischer Gewalt (Gewalt gegen Personen oder Sachen) schließlich kennzeichnet den dritten Typ, das gewaltsame politisch motivierte Handeln.

Schematisch kann man die sich aus diesen Überlegungen ergebende Differenzierung der politischen Beteiligung wie folgt beschreiben:

Tabelle 1: Öffentlichkeit, Institutionalisierung, Legalität und Gewalt als Definitionskriterien von Typen politischer Beteiligungsformen

Öffentlichkeit	Institutionalisierung	Legalität	Gewalt	Typen von politischen Beteiligungsformen
nein	nein	ja	nein	privat konventionelle Beteiligung
ja	ja	ja	nein	öffentlich konventionelle Beteiligung
ja	nein	ja	nein	legal unkonventionelle Beteiligung
ja	nein	nein	nein	ziviler Ungehorsam
ja	nein	nein	ja	politisch motivierte Gewalt

In der Umfrage wurden den Befragten insgesamt 17 ausgewählte politische Beteiligungsformen vorgelegt. Die Antwortkategorien waren für die konventionellen und die unkonventionellen Verhaltensweisen unterschiedlich formuliert. Für die sieben konventionellen Beteiligungsformen wurde ermittelt, wie häufig sich die befragte Person politisch beteiligt hat (oft; manchmal; selten; niemals). Für die zehn unkonventionellen Beteiligungsformen waren die folgenden Antworten vorgesehen: "Habe mich (in den vergangenen zehn Jahren) bereits daran beteiligt, würde mich bei einer wichtigen Sache beteiligen, würde mich in einer außergewöhnlichen Situation beteiligen und würde mich unter keinen Umständen beteiligen". Diese unterschiedliche Formulierung der Antwortkategorien versucht den Umstand zu berücksichtigen, daß die Möglichkeit zur unkonventionellen politischen Beteiligung in der Regel von Anlässen und Gelegenheitsstrukturen abhängt, die zeitlich und geographisch sehr unterschiedlich verteilt sein können. Für die Interpretation der Ergebnisse ist also stets zu beachten, daß es sich bei der konventionellen Beteiligung um berichtete Verhaltenshäufigkeiten, bei der unkonventionellen Beteiligung jedoch sowohl um berichtetes Verhalten als auch um mitgeteilte Verhaltensabsichten handelt.

Die im Interview verwendete Beschreibung der Beteiligungsformen und die Verteilung der Antworten sind in den Tabellen 2 und 3 dargestellt.

Tabelle 2: Formen konventioneller politischer Beteiligung

Form der Beteiligung		Häufigkeit der Beteiligung: oft	manchmal	selten	niemals	weiß nicht, keine Angabe	Insgesamt	N
		%	%	%	%	%	%	
Den politischen Teil der Zeitung lesen	Berlin (West)	42	37	17	3	1	100	935
	Berlin, AL-Gebiete	59	26	12	2	1	100	444
	Bundesrepublik a)	49	25	19	7	0	100	2061
Eine politische Diskussion führen	Berlin (West)	15	31	33	17	4	100	935
	Berlin, AL-Gebiete	25	30	30	13	2	100	444
	Bundesrepublik	13	31	30	26	0	100	2061
Versuchen, Freunde für die eigenen politischen Ansichten zu gewinnen	Berlin (West)	5	23	35	32	5	100	935
	Berlin, AL-Gebiete	13	29	27	28	3	100	444
	Bundesrepublik	4	16	23	56	1	100	2061
Zu einer politischen Versammlung oder Wahlversammlung gehen	Berlin (West)	3	14	31	49	3	100	935
	Berlin, AL-Gebiete	10	23	27	37	3	100	444
	Bundesrepublik	3	12	25	59	1	100	2061
Zeit opfern, um einen Kandidaten oder eine politische Partei zu unterstützen	Berlin (West)	2	6	18	69	5	100	935
	Berlin, AL-Gebiete	9	11	18	58	4	100	444
	Bundesrepublik	2	5	12	79	2	100	2061
Mit anderen Bürgern in dieser Stadt zusammenarbeiten, um Probleme dieser Stadt zu lösen	Berlin (West)	3	11	20	60	6	100	935
	Berlin, AL-Gebiete	14	22	15	45	4	100	444
	Bundesrepublik	3	6	6	81	4	100	2061
Mit Politikern sprechen oder sonst mit ihnen Kontakt aufnehmen, um politische Dinge zu erörtern	Berlin (West)	2	7	17	69	5	100	935
	Berlin, AL-Gebiete	9	11	18	57	5	100	444
	Bundesrepublik	2	5	5	84	4	100	2061

a) Die Daten für die Bundesrepublik entstammen einer repräsentativen Querschnittsbefragung, die 1980 im Rahmen des Projekts "Strukturen und Prozesse politischer Beteiligung, Ideologie und Sozialisation" durchgeführt wurde. Die Projektleiter dieser von der DFG geförderten Untersuchung sind: Klaus R. Allerbeck, Universität Frankfurt, Max Kaase, Universität Mannheim und Hans-Dieter Klingemann, Freie Universität Berlin. Die in den Tabellen 3, 5, 6 und 7 für die Bundesrepublik gemachten Angaben beziehen sich ebenfalls auf diese Quelle.

Tabelle 3: Formen unkonventioneller politischer Beteiligung

Form der Beteiligung		Habe mich bereits daran beteiligt	Würde mich beteiligen: bei wichtiger Sache	in außergewöhnlicher Situation	unter keinen Umständen	Kenne ich nicht, keine Angabe	Insgesamt	N
		%	%	%	%	%	%	
Beteiligung an Bürgerinitiativen	Berlin (West)	11	23	27	30	9	100	935
	Berlin, AL-Gebiete	27	23	29	16	5	100	444
	Bundesrepublik	6	47	22	22	3	100	2061
Beteiligung an einer Unterschriftensammlung	Berlin (West)	26	26	20	22	6	100	935
	Berlin, AL-Gebiete	45	16	21	15	3	100	444
	Bundesrepublik	18	43	20	17	2	100	2061
Beteiligung an einem Boykott	Berlin (West)	4	12	27	47	10	100	935
	Berlin, AL-Gebiete	15	17	32	29	7	100	444
	Bundesrepublik	1	15	26	53	5	100	2061
Teilnahme an einer genehmigten politischen Demonstration	Berlin (West)	11	12	25	44	8	100	935
	Berlin, AL-Gebiete	35	13	24	24	4	100	444
	Bundesrepublik	5	21	24	47	3	100	2061
Weigerung, Mieten, Raten oder Steuern zu bezahlen	Berlin (West)	1	6	19	65	9	100	935
	Berlin, AL-Gebiete	5	14	28	44	9	100	444
	Bundesrepublik	0	7	19	69	5	100	2061
Beteiligung an einem wilden Streik	Berlin (West)	1	5	14	71	9	100	935
	Berlin, AL-Gebiete	4	15	25	48	8	100	444
	Bundesrepublik	0	5	12	79	4	100	2061
Besetzung von Häusern, Fabriken, Ämtern und anderen Gebäuden	Berlin (West)	1	5	12	75	7	100	935
	Berlin, AL-Gebiete	5	13	23	54	5	100	444
	Bundesrepublik	0	3	11	83	3	100	2061
Aufhalten des Verkehrs mit einer Demonstration	Berlin (West)	3	7	13	70	6	100	935
	Berlin, AL-Gebiete	16	11	15	54	4	100	444
	Bundesrepublik	1	6	16	74	3	100	2061
Beschädigung fremden Eigentums, zum Beispiel Fenster einschlagen, Straßenschilder abmontieren oder ähnliches	Berlin (West)	0	1	4	90	5	100	935
	Berlin, AL-Gebiete	3	4	9	77	7	100	444
	Bundesrepublik	0	1	2	94	3	100	2061
Anwendung von Gewalt gegen Personen, zum Beispiel Schlägereien mit Polizisten oder anderen Demonstranten von der Gegenseite	Berlin (West)	0	1	3	90	6	100	935
	Berlin, AL-Gebiete	3	2	8	79	8	100	444
	Bundesrepublik	0	1	3	93	3	100	2061

Ein erster Vergleich der Befragungsergebnisse zeigt Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den drei zur Verfügung stehenden Stichproben. Vergleicht man die wahlberechtigte Bevölkerung West-Berlins und der Bundesrepublik, so sind die Unterschiede in den Häufigkeitsverteilungen nur gering. Bei den konventionellen Beteiligungsformen ist das durchschnittliche Beteiligungsniveau in West-Berlin etwas höher, hier wurde die Antwortkategorie "selten" im Vergleich zu "niemals" häufiger gewählt. Bei den unkonventionellen Beteiligungsformen ist ein Unterschied in den Antwortkategorien "habe mich bereits beteiligt" und "würde mich bei einer wichtigen Sache beteiligen" festzustellen. Der Anteil der Befragten, die berichten, tatsächlich versucht zu haben, politische Ziele mit unkonventionellen Mitteln durchzusetzen ("habe mich bereits beteiligt") war in West-Berlin größer als in der Bundesrepublik. Das Gegenteil trifft auf die Bereitschaft zu, sich in einer wichtigen Sache auf unkonventionelle Weise engagieren zu wollen. Insgesamt sind die Häufigkeitsverteilungen aber, bei den konventionellen wie bei den unkonventionellen Beteiligungsformen, in West-Berlin und im Bundesgebiet sehr ähnlich ausgeprägt.

Im Gegensatz dazu ist zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik einerseits und den West-Berliner AL-Gebieten andererseits, ein deutlicher Unterschied zu erkennen. Die Bevölkerung in den AL-Gebieten, die durch einen hohen Anteil von Stimmen für die Alternative Liste (AL) bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus des Jahres 1979 definiert sind, erweist sich in jedem Falle als partizipationsbereiter[6]. Dieser Befund

spricht für eine hohe Politisierung in diesen Gebieten. Darüber hinaus sind sie durch einen hohen Problemdruck, eine spezifische Sozial- und eine dort gegebene Gelegenheitsstruktur gekennzeichnet, die eine Umsetzung von Beteiligungsbereitschaft in Beteiligungsverhalten erleichtert.

Insgesamt bleibt zu prüfen, ob die gefundenen Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik sich auch dann zeigen, wenn dieser Vergleich auf die westdeutschen Großstädte eingeschränkt wird.

2.3 Dimensionen der politischen Beteiligung

Die Fülle der erhobenen Einzelinformationen soll auf die wesentlichen Aspekte reduziert und zu Skalen zusammengefaßt werden. Dabei werden wir uns auf die in West-Berlin erhobenen Daten beschränken. Mit Hilfe der Faktorenanalyse wird überprüft, ob sich die fünf aus theoretischen Gründen durch die Kriterien, Öffentlichkeit, Institutionalisierung, Legalität und Gewalt definierten Typen der politischen Beteiligung, auch empirisch nachweisen lassen. Das Ergebnis ist in Tabelle 4 zusammengefaßt.

Das Ergebnis besagt, daß empirisch drei Dimensionen ausreichen, um die unterschiedlichen Typen der politischen Beteiligung voneinander zu unterscheiden. Sie können als konventionelle, unkonventionelle und politisch motivierte Gewalt implizierende Beteiligung bezeichnet werden. Dabei ist festzuhalten, daß zwi-

Tabelle 4: Die Dimensionalität der Formen der politischen Beteiligung

Form der politischen Beteiligung	Faktor 1 Unkonventionelle politische Beteiligung		Faktor 2 Konventionelle politische Beteiligung		Faktor 3 Politische Gewalt	
	FP [a]	FS [b]	FP	FS	FP	FS
1 Den politischen Teil der Zeitung lesen	.106	.328	.439	.486	-.168	-.107
2 Eine politische Diskussion führen	.263	.548	.558	.694	-.196	-.091
3 Versuchen, Freunde für die eigenen politischen Ansichten zu gewinnen	.187	.522	.610	.710	-.102	-.009
4 Zu einer politischen Versammlung oder Wahlveranstaltung gehen	.023	.502	.808	.825	.036	.114
5 Zeit opfern, um einen Kandidaten oder eine politische Partei zu unterstützen	-.135	.419	.885	.823	.187	.239
6 Mit anderen Bürgern in dieser Stadt zusammenarbeiten, um Probleme dieser Stadt zu lösen	.143	.541	.694	.749	.065	.154
7 Mit Politikern sprechen oder sonst mit ihnen Kontakt aufnehmen, um politische Dinge zu erörtern	-.123	.381	.820	.759	.127	.176
8 Beteiligung an Bürgerinitiativen	.755	.786	.121	.544	-.194	-.028
9 Beteiligung an einer Unterschriftensammlung	.710	.707	.094	.483	-.280	-.126
10 Beteiligung an einem Boykott	.779	.813	.057	.512	.003	.167
11 Teilnahme an einer genehmigten politischen Demonstration	.752	.838	.172	.605	-.077	.093
12 Weigerung, Mieten, Raten oder Steuern zu bezahlen	.732	.742	-.050	.394	.193	.339
13 Beteiligung an einem wilden Streik	.703	.773	.018	.455	.291	.437
14 Besetzung von Häusern, Fabriken, Ämtern und anderen Gebäuden	.764	.804	-.040	.434	.309	.462
15 Aufhalten des Verkehrs mit einer Demonstration	.772	.827	.013	.485	.231	.390
16 Beschädigung fremden Eigentums, zum Beispiel Fenster einschlagen, Straßenschilder abmontieren oder ähnliches	.292	.523	.155	.388	.682	.756
17 Anwendung von Gewalt gegen Personen, zum Beispiel Schlägereien mit Polizisten oder mit anderen Demonstranten von der Gegenseite	.204	.446	.184	.363	.661	.719
Prozent erklärter Varianz	.49		.12		.08	

N = 1358, fehlende Werte: 10%

Oblique rotierte Faktorenanalyse (delta = .0. Korrelationen zwischen den Faktoren (factor pattern correlations: F1 : F2 = .58; F1 : F3 = .20; F2 : F3 = .09.

a) FP = factor pattern matrix; b) FS = factor structure matrix (Korrelationen der Items mit den Faktoren)

schen konventioneller und unkonventioneller Partizipationsbereitschaft ein starker Zusammenhang besteht. Wir werden dies später bei dem Versuch, eine Typologie des Beteiligungsrepertoires aufzustellen, berücksichtigen. Das gleiche ist hinsichtlich der politisch motivierten Gewalt nicht der Fall. Die Bereitschaft zur Anwendung politisch motivierter Gewalt ist weder mit der konventionellen noch der unkonventionellen politischen Beteiligung nennenswert korreliert[7]. Dieses Resultat bestätigt einen entsprechenden Befund der Political Action Studie.

Dichotomisiert man allerdings die Antwortvorgaben, dann ergibt eine Hauptkomponentenanalyse mit anschließender schiefwinkliger Rotation eine Lösung, die den fünf im Vorhergehenden theoretisch postulierten Beteiligungsformen, bis auf eine kleine Verschiebung in den AL-Gebieten, voll entspricht[8].

Aus der Political Action Studie ist auch bekannt, daß die Beteiligungsformen, die der konventionellen und der unkonventionellen politischen Partizipation zuzurechnen sind, eine innere Ordnung aufweisen. Sie ergibt sich daraus, daß die Beteiligungsformen den Grad der Bereitschaft zur konventionellen und zur unkonventionellen Beteiligung in unterschiedlichem Maße kennzeichnen. Dadurch kann die Frage beantwortet werden, wie weit ein Bürger in der Wahl seiner Mittel, politische Ziele durchzusetzen, bereit ist zu gehen. Mit Hilfe der Skalogramm-Analyse nach Guttman[9] ist es möglich, eine solche Ordnung empirisch nachzuweisen. Die Skalierungstechnik verlangt die Zusammenfassung der

Antwortmöglichkeiten in zwei Kategorien. Bei den konventionellen Beteiligungsformen werden die Antworten "oft" und "manchmal" einerseits und "selten" und "niemals" andererseits zusammengelegt. Bei den unkonventionellen Beteiligungsformen geschieht dies für alle Antworten, die in irgendeiner Weise auf eine Beteiligungsbereitschaft schließen lassen (habe mich bereits beteiligt, würde mich bei einer wichtigen Sache beteiligen, würde mich in einer außergewöhnlichen Situation beteiligen); sie werden dann der Kategorie "würde mich unter keinen Umständen beteiligen" gegenübergestellt.

Drei der insgesamt 17 Beteiligungsformen werden aus inhaltlichen oder technischen Gründen nicht in die Skalenbildung einbezogen[10]. Die Skalogramm-Analyse ergibt sowohl für die Dimension der konventionellen als auch für die Dimension der unkonventionellen politischen Beteiligung inhaltlich und nach statistischen Kriterien akzeptable Lösungen. In Tabelle 5 ist die Skala für konventionelle politische Beteiligung dokumentiert.

Die drei privat konventionellen Beteiligungsformen bezeichnen die eher "leichteren", die beiden öffentlich konventionellen Beteiligungsformen die eher "schwierigeren" Stufen der konventionellen Beteiligungsdimension. Dies entspricht auch der von Uehlinger mitgeteilten Lösung der modifizierten Faktorenanalyse. Damit eröffnet sich für die Tabellenanalyse die Möglichkeit, die Skalenwerte entsprechend zusammenzufassen.

Tabelle 5: Skala für konventionelle politische Beteiligung

Beteiligungsform Rangordnung der Items	Skalenwert	% der Befragten, die auf diesen Skalenwert entfallen			Kumulierter Prozentanteil der Befragten a)			Name der Kategorie
		Berlin (West)	Berlin AL-Gebiete	Bundes-republik	Berlin (West)	Berlin AL-Gebiete	Bundes-republik	
		%	%	%	%	%	%	
Keine der fünf Beteiligungsarten	0	19	12	22				keine konventionelle Beteiligung
Den politischen Teil der Zeitung lesen	1	31	27	33	78	86	77	
Eine politische Diskussion führen	2	20	15	21	47	59	44	privat konventionelle Beteiligung
Versuchen, Freunde für die eigenen politischen Ansichten zu gewinnen	3	14	14	13	27	44	23	
Zu einer politischen Versammlung oder Wahlveranstaltung gehen	4	8	12	5	13	30	10	
Zeit opfern, um einen Kandidaten oder eine politische Partei zu unterstützen	5	5	18	5	5	18	5	öffentlich konventionelle Beteiligung
Nicht klassifiziert		3	2	1				
N		935	444	2061				
Reproduktionskoeffizient		.978	.973	.971				
Ohne Klassifikationsfehler		89.6%	86.9%	85.6%				

a) Dieser Anteil gibt an, welcher Prozentsatz der Befragten diese Beteiligungsart oft oder manchmal ausübt. Diese Information ist für den mit der Guttman-Skalierung nicht vertrauten Leser leichter zu interpretieren als die Angabe "prozentualer Anteil der Befragten pro Skalenwert".

Die Verteilung der Skalenwerte weist aus, daß der privat konventionelle Typ der politischen Beteiligung in West-Berlin weit verbreitet ist; 78 Prozent der Wahlberechtigten nehmen auf diese Weise am politischen Leben teil. Im Vergleich zur Bundesrepublik ergibt sich kaum ein Unterschied (77 Prozent). Ähnlich liegen die Verteilungen auch für den Typ der öffentlich konventionellen Beteiligung. Auf diese Art engagieren sich in West-Berlin 13 Prozent und im Bundesgebiet 10 Prozent der Bevölkerung. In den AL-Gebieten liegt die Beteiligung insgesamt höher und erfaßt hinsichtlich des öffentlich konventionellen Typs knapp ein Drittel der Bevölkerung.

In der Skala für unkonventionelle politische Beteiligung differenzieren die vier legal unkonventionellen Beteiligungsformen den unteren, die drei Formen des zivilen Ungehorsams den oberen Teil der unkonventionellen Beteiligungsdimension. Wie bei der Skala für konventionelle Beteiligung können also auch bei der unkonventionellen politischen Beteiligung die Skalenpositionen in theoretisch sinnvolle Kategorien zusammengefaßt werden. Die empirisch ermittelten Verteilungen sind in Tabelle 6 dargestellt.

Eine Bereitschaft zur legal unkonventionellen Beteiligung ist in West-Berlin bei mehr als der Hälfte der Bevölkerung festzustellen (52 Prozent). Dieser Wert liegt deutlich niedriger als im Bundesgebiet (63 Prozent). Im Gegensatz dazu wird ziviler Umgehorsam in West-Berlin (8 Prozent) und im Bundesgebiet (6 Prozent) von einer etwa gleich großen Minderheit als Aktionsform in Erwägung gezogen.

Tabelle 6: Skala für unkonventionelle politische Beteiligung

Beteiligungsform Rangordnung der Items	Skalenwert	% der Befragten, die auf diesen Skalenwert entfallen			Kumulierter Prozentanteil der Befragten a)			Name der Kategorie
		Berlin (West)	Berlin AL-Gebiete	Bundesrepublik	Berlin (West)	Berlin AL-Gebiete	Bundesrepublik	
		%	%	%	%	%	%	
Keine der sieben Beteiligungsarten	0	39	32	32				keine unkonventionelle Beteiligung
Beteiligung an einer Unterschriftensammlung	1	18	9	12	52	61	63	
Beteiligung an Bürgerinitiativen	2	14	10	25	34	52	51	
Teilnahme an einer genehmigten politischen Demonstration	3	7	10	13	20	42	26	legal unkonventionelle Beteiligung
Beteiligung an einem Boykott	4	5	7	7	13	32	13	
Aufhalten des Verkehrs mit einer Demonstration	5	2	7	3	8	25	6	
Weigerung, Mieten, Raten oder Steuern zu bezahlen	6	3	5	1	6	18	3	ziviler Ungehorsam
Besetzen von Häusern, Fabriken, Ämtern und anderen Gebäuden	7	3	13	2	3	13	2	
Nicht klassifiziert		9	7	5				
N		935	444	2061				
Reproduktionskoeffizient		.979	.965	.977				
Ohne Klassifikationsfehler		86.3%	77.0%	84.8%				

a) Dieser Anteil gibt an, welcher Prozentsatz der Befragten sich an einer solchen Beteiligungsart bereits beteiligt hat, sich bei einer wichtigen Sache oder in einer außergewöhnlichen Situation beteiligen würden. Diese Information ist für den mit der Guttman-Skalierung nicht vertrauten Leser leichter zu interpretieren als die Angabe "prozentualer Anteil der Befragten pro Skalenwert".

Die AL-Gebiete fallen wiederum durch ein besonders hohes Beteiligungsniveau auf. Das Potential für zivilen Ungehorsam umfaßt hier ein Viertel der Wahlberechtigten.

Es sei an dieser Stelle jedoch noch einmal darauf hingewiesen, daß die letztgenannte Skala in erster Linie eine Bereitschaft für unkonventionelle politische Beteiligung, nicht aber tatsächliches Verhalten mißt. Das Instrument erlaubt lediglich eine Potentialbestimmung. Es sagt aus, wieviele Bürger eventuell wie weit gehen würden, um politische Ziele auf unkonventionelle Weise zu vertreten.

Die Anwendung von Gewalt in politischen Auseinandersetzungen ist eine eigenständige Dimension der politischen Beteiligungstypen. Die beiden verfügbaren Indikatoren, Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Personen, werden deshalb für die weitere Analyse zu einem Index zusammengefaßt. Mit Ausnahme der AL-Gebiete (17 Prozent) ist das Potential für politisch motivierte Gewalt in West Berlin (6 Prozent) nicht höher als im Bundesgebiet (5 Prozent).

Auch der Index "politisch motivierte Gewalt" erlaubt lediglich eine Potentialbestimmung; er kann nicht im Sinne tatsächlichen Verhaltens interpretiert werden. Die Korrespondenz zwischen der Potentialschätzung und der deutlich größeren Tendenz zu politisch motivierter Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung in den Westberliner Problemgebieten spricht jedoch, angesichts der tatsächlich beobachteten Ereignisse, für die Validität des Meßinstruments (s. Tabelle 7).

Tabelle 7: Index für politisch motivierte Gewalt

Art der Beteiligung	Skalenwert	% der Befragten, die auf diesen Skalenwert entfallen		
		Berlin (West)	Berlin AL-Gebiete	Bundes-republik
		%	%	%
Keine der beiden Beteiligungsarten	0	89[a)]	77[a)]	93[a)]
Beschädigung fremden Eigentums, zum Beispiel Fenster einschlagen, Straßenschilder abmontieren oder ähnliches				
oder:	1	6	17	5
Anwendung von Gewalt gegen Personen, zum Beispiel Schägereien mit Polizisten oder mit anderen Demonstranten von der Gegenseite				
Nicht klassifiziert		5	6	2
N		935	444	2061

a) Prozentsatz der Befragten, die sich an einer solchen Beteiligungsart bereits beteiligt haben oder sich bei einer wichtigen Sache oder in einer außergewöhnlichen Situation beteiligen würden.

3. Bestimmungsgründe der konventionellen und der unkonventionellen politischen Beteiligung

Sozioökonomische Lagerung, Organisationsbindung, Wertorientierung und politische Situation bestimmen in soziologischer Sicht die Bereitschaft zur politischen Beteiligung. Aus der Vielfalt dieser Einflußgrößen wurden diejenigen für die Analyse ausgewählt, die sich in der bisherigen Partizipationsforschung als erklärungskräftig erwiesen haben[11]. Die ausgewählten Merkmale werden zu vier Gruppen zusammengefaßt und zunächst überblicksartig, unter dem Aspekt der zweiseitigen Beziehung zu konventioneller und unkonventioneller politischer Beteiligung, diskutiert.

3.1 Demographische Merkmale

Geschlecht und Alter sind demographische Merkmale, die für die Erklärung der politischen Beteiligung häufig herangezogen werden. In unserer Analyse werden unter theoretischen Gesichtspunkten hinsichtlich des Geschlechts die Rollenerwartungen und hinsichtlich des Alters der Generationsaspekt betont. Für Männer wird im Vergleich zu den Frauen ein höherer Grad der politischen Partizipation erwartet. Dies entspricht den traditionellen Normen, die für die Hausfrau und für den berufstätigen Mann gelten. Danach gehört die Beschäftigung mit der Politik vor allem zu der Rollenverpflichtung des Mannes; die Aktivitäten der Frau beschränken sich demgegenüber auf den Familienhaushalt und

die Privatsphäre. Die zunehmende Berufstätigkeit der Frau und die zunehmende gesellschaftliche Forderung nach Gleichberechtigung von Mann und Frau haben diese Normen sicherlich verändert. Dennoch zeigt das Ergebnis unserer Umfrage nach wie vor den rollentheoretisch erwarteten Unterschied. Dies gilt besonders für die konventionelle politische Beteiligung. Öffentlich-konventionelle Partizipation ist für ein Fünftel der Männer, aber nur für acht Prozent der Frauen belegt (West-Berlin). Etwas abgeschwächt, wenngleich auf insgesamt deutlich höherem Beteiligungsniveau, läßt sich der Befund auch in den AL-Gebieten nachweisen (Männer: 34 Prozent; Frauen: 26 Prozent). Es überrascht, daß die geschlechtsspezifischen Unterschiede im Falle der unkonventionellen politischen Beteiligung weniger ausgeprägt sind. Die Differenz zwischen Männern und Frauen in der Bereitschaft zu zivilem Ungehorsam beträgt lediglich zwei (West-Berlin) bzw. vier Prozentpunkte (AL-Gebiete). Wir führen dies vor allem darauf zurück, daß bei der Messung der unkonventionellen politischen Beteiligung die Einstellungskomponente dominiert. Eine positive Einstellung zur politischen Partizipation kann sich bei Frauen offenbar nicht in gleichem Maße in tatsächliches Verhalten umsetzen, als das bei den Männern der Fall ist. Die unterschiedlichen Gelegenheitsstrukturen, die sich Männern und Frauen in ihren konkreten Lebensumwelten bieten, haben daran sicherlich einen entscheidenden Anteil (s. Tabelle 8).

belle 8: Der Einfluß demographischer Merkmale auf den Grad der politischen Beteiligung

mographische rkmale	West-Berlin Konventionelle politische Beteiligung keine	privat	öffentl.	Insgesamt		AL-Gebiete konventionelle politische Beteiligung keine	privat	öffentl.	Insgesamt	
	%	%	%	%	N	%	%	%	%	N
schlecht										
iblich	24	68	8	100	488	15	59	26	100	179
nnlich	12	68	20	100	414	10	56	34	100	255
sgesamt	18	68	14	100	902	12	57	31	100	434
mma		.39					.19			
ter (Generationslagerung) a)										
iserreich/Weimarer Republik	28	66	6	100	243	28	63	9	100	71
riode des Nationalsozialismus	17	74	9	100	144	23	65	12	100	40
riode der CDU-Dominanz	13	73	14	100	294	5	71	24	100	133
riode der SPD-Dominanz	15	61	24	100	221	10	43	47	100	190
sgesamt	18	68	14	100	902	12	57	31	100	434
mma		.29					.49			

mographische rkmale	West-Berlin Unkonventionelle politische Beteiligung keine	legal	ziviler Ungehorsam	Insgesamt		AL-Gebiete Unkonventionelle politische Beteiligung keine	legal	ziviler Ungehorsam	Insgesamt	
	%	%	%	%	N	%	%	%	%	N
schlecht										
iblich	46	46	8	100	464	41	34	25	100	169
nnlich	38	52	10	100	390	30	41	29	100	243
sgesamt	42	49	9	100	854	35	38	27	100	412
mma		.15					.17			
ter (Generationslagerung) a)										
iserreich/Weimarer Republik	62	38	-	100	221	76	23	1	100	69
riode des Nationalsozialismus	47	52	1	100	145	61	37	2	100	41
riode der CDU-Dominanz	39	51	10	100	284	29	44	27	100	126
riode der SPD-Dominanz	21	54	25	100	204	17	39	44	100	176
sgesamt	42	49	9	100	854	35	38	27	100	412
mma		.48					.60			

Definition der Perioden: Kaiserreich/Weimarer Republik: bis 1932; Periode des Nationalsozialismus: 1933-1945; Periode der CDU-Dominanz: 1946-1965; Periode der SPD-Dominanz: 1966-1981. Eine Befragungsperson wurde einer dieser Perioden dann zugeschlagen, wenn sie im Alter zwischen 10 und 18 Jahren in einer dieser Perioden mindestens 5 Jahre gelebt hat.

Alter wird in dieser Untersuchung im Sinne von Generationslagerung interpretiert. Konkret werden solche Alterskohorten zusammengefaßt, die in den jeweils "formativen Jahren" voneinander deutlich verschiedene Herrschaftskonstellationen erlebt haben[12)]. Es wird angenommen, daß sich die Erfahrung demokratischer Regimes auf die Beteiligungsbereitschaft positiv auswirkt. Dies gilt insbesondere für die Periode der sozial-liberalen Koalition, die programmatisch unter dem Leitmotiv "Mehr Demokratie wagen" angetreten ist.

Das Ergebnis der Umfrage bestätigt die Erwartungen nur zum Teil. Einerseits gilt - im Sinne der These - sowohl für die konventionelle als auch für die unkonventionelle politische Beteiligung, daß die Partizipationsbereitschaft für die "sozial-liberale" Alterskohorte am höchsten ist. Andererseits trifft die These aber auf die Weimarer Generation nicht zu. Nun kann jedoch aufgrund von Querschnittsdaten allein prinzipiell nicht zwischen Generations-, Perioden- oder Lebenszykluseffekten unterschieden werden. Darüber hinaus sind die Alterskohorten sozialstrukturell sehr unterschiedlich zusammengesetzt. Zu nennen ist hier beispielsweise die Schulbildung. Aber auch die "Medienrevolution" oder die Entwicklung zum "Sozialstaat" und die Lockerung der Kontrolle durch die Familie können die Partizipationsneigung - jenseits der Regimeverhältnisse - positiv beeinflußt haben. Unser Festhalten an dem regimespezifisch begründeten Generationskonzept ist deshalb in erster Linie eine theoretische Entscheidung, die ganz sicher noch Gegenstand der weiteren Forschung sein muß.

Gesichert ist indes, daß die in der Zeit der sozial-liberalen Koalition aufgewachsene Generation sich mindestens viermal so häufig öffentlich-konventionell beteiligt, als diejenige, die durch die Weimarer Republik (oder das Kaiserreich) geprägt wurde. Noch drastischer fallen diese Unterschiede bezüglich der unkonventionellen politischen Beteiligungsbereitschaft aus. In West-Berlin kommt ziviler Ungehorsam in der ältesten Kohorte (Kaiserzeit/Weimar) so gut wie gar nicht vor; in der jüngsten Kohorte (Periode der SPD-Dominanz) macht der Anteil dagegen 25 Prozent aus. In den AL-Gebieten beträgt das Verhältnis zwischen der ältesten und der jüngsten von uns unterschiedenen Alterskohorte 1:44. Der Wunsch der jüngeren Generation nach mehr Partizipationschancen für die Einbringung ihrer Interessen, auch jenseits der institutionell eröffneten, ist offenkundig.

3.2 Sozioökonomische Merkmale

Was den Zusammenhang zwischen sozioökonomischem Status und der Bereitschaft zur politischen Beteiligung betrifft, so stimmen die in der Literatur mitgeteilten Ergebnisse weitgehend überein: Mit höherem sozio-ökonomischen Status wachsen die Beteiligungsbereitschaft und die Beteiligungsgelegenheit. Verba/Nie/Kim[13], Barnes/Kaase et al.[14] und Kaase[15] haben diesen Sachverhalt mit Daten aus international vergleichenden Studien sowohl für den Bereich konventioneller als auch unkonventioneller Partizipationsformen belegt.

In dieser Untersuchung betrachten wir zwei Indikatoren für den sozio-ökonomischen Status der Befragten: die Schulbildung und die soziale Schichtzugehörigkeit. Das Merkmal Schulbildung kann in unterschiedlicher Weise gedeutet werden. Da die Art des Wissens, das in den einzelnen Schultypen vermittelt wird, die Art der individuellen Informationsverarbeitung prägt, liegt es nahe, den Aspekt "kognitive Kompetenz" zu betonen. So erweist sich beispielsweise das in den höheren Schulen eher geförderte abstrakte Denken als hilfreich, um das Gemeinsame zu erkennen, das die Fülle der Einzelinformationen miteinander verbindet, mit denen die Massenmedien den Bürger, auch im Bereich des Politischen, in erster Linie versorgen. Dies wiederum beeinflußt aber, wie die Forschung zeigt, die Partizipationsneigung[16]. Andererseits sind Bildungsabschlüsse integraler Bestandteil des sozialen Status einer Person. Der Akademiker genießt in der Regel einen höheren Grad an gesellschaftlicher Wertschätzung als der Hauptschulabsolvent. Dies gilt auch deshalb, weil das Berufs- und das Bildungssystem in vielfältiger Weise aufeinander bezogen sind. So setzt einerseits der Eintritt in sozial begehrte Berufsrollen höhere Bildungsabschlüsse voraus, während andererseits die Chance, einen höheren Bildungsabschluß zu erwerben, mit der sozialen Schichtzugehörigkeit der Herkunftsfamilie wächst. Auch wenn man den Statusaspekt Schulbildung betont, gilt die These, daß mit höherer Schulbildung die Beteiligungsbereitschaft steigt. Zusätzlich wird angenommen, daß mit höherem sozialen Status auch die Beteiligungsgelegenheit größer ist. Neben der besseren Informationsverarbeitungskapazität wirkt, so die These, das mit dem höheren sozialen Status gegebene soziale

Beziehungsgeflecht partizipationsfördernd. Darüber hinaus gehört die politische Beteiligung zu den Rollenpflichten der Statushöheren. Dies wird durch verschiedene Einstellungsuntersuchungen belegt[17]. Wir deuten das Merkmal Schulbildung in diesem umfassenderen Sinne und unterscheiden in der vorliegenden Analyse Befragte mit Volksschulbildung, Mittelschulbildung und höherer Bildung (Abitur, Hochschule).

Das zweite Merkmal, die soziale Schichtzugehörigkeit, ist durch das Berufsprestige definiert. Das Meßinstrument wurde von Kleining/Moore (1968) übernommen[18]. Kleining/Moore haben Berufsgruppen ermittelt, die sich hinsichtlich der sozialen Wertschätzung in typischer Weise unterscheiden. Das Meßinstrument verlangt, daß der Befragte den eigenen Beruf, oder, falls berufslos, den des Ehemannes oder Vaters, einer der vorgegebenen Berufsgruppen zuordnet. Er wird auf diese Weise in das System der sozialen Schichtung eingeordnet. Insgesamt werden in unserer Analyse fünf Kategorien der sozialen Schichtung betrachtet. Es wird erwartet, daß die Beteiligungsbereitschaft mit höherer sozialer Schichtzugehörigkeit ansteigt. Die Begründung folgt den Argumenten, die bereits im Zusammenhang mit der Statusinterpretation von Schulbildung vorgebracht wurden.

Die in Tabelle 9 mitgeteilten Ergebnisse entsprechen der allgemeinen These. Die öffentlich-konventionelle Beteiligung, das Engagement im Rahmen von Wahlkämpfen also, beträgt zum Beispiel für die Befragten mit Abitur oder Hochschulbesuch 28 Prozent, für die Befragten mit Volksschulbildung dagegen nur

Tabelle 9: Der Einfluß sozioökonomischer Merkmale auf den Grad der politischen Beteiligung

Sozioökonomische Merkmale	West-Berlin Konventionelle politische Beteiligung keine	privat	öffentl.	Insgesamt		AL-Gebiete Konventionelle politische Beteiligung keine	privat	öffentl.	Insgesamt	
	%	%	%	%	N	%	%	%	%	N
Schulbildung										
Volksschule	26	66	8	100	523	22	65	13	100	192
Mittelschule	9	76	15	100	216	7	68	25	100	83
Abitur, Hochschule	5	67	28	100	163	3	42	55	100	159
Insgesamt	18	68	14	100	902	12	57	31	100	434
Gamma		.51					.64			
Soziale Schicht[a]										
Untere Schichten	33	56	11	100	123	35	49	16	100	61
Obere Unterschicht	25	65	10	100	195	16	62	22	100	97
Untere Mittelschicht	15	73	12	100	360	5	62	33	100	128
Mittlere Mittelschicht	10	70	20	100	110	9	56	35	100	54
Obere Schichten	6	74	20	100	65	7	34	59	100	61
Insgesamt	19	68	13	100	853	13	55	32	100	401
Gamma		.29					.40			

Sozioökonomische Merkmale	West-Berlin Unkonventionelle politische Beteiligung keine	legal	ziviler Ungehorsam	Insgesamt		AL-Gebiete Unkonventionelle politische Beteiligung keine	legal	ziviler Ungehorsam	Insgesamt	
	%	%	%	%	N	%	%	%	%	N
Schulbildung										
Volksschule	51	45	4	100	494	51	40	9	100	186
Mittelschule	36	52	12	100	209	41	46	13	100	76
Abitur, Hochschule	20	56	24	100	151	12	31	57	100	150
Insgesamt	42	49	9	100	854	35	38	27	100	412
Gamma		.45					.62			
Soziale Schicht[a]										
Untere Schichten	54	39	7	100	107	54	36	10	100	58
Obere Unterschicht	44	46	10	100	184	44	38	18	100	90
Untere Mittelschicht	43	50	7	100	346	35	43	22	100	125
Mittlere Mittelschicht	33	53	14	100	110	26	31	43	100	51
Obere Schichten	42	47	11	100	62	16	27	57	100	56
Insgesamt	43	48	9	100	809	36	37	27	100	380
Gamma		.13					.38			

[a] Nach Gerhard Kleining/Harriett Moore, Soziale Selbsteinstufung (SSE). Ein Instrument zur Messung sozialer Schichten, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 20. Jg., H. 3 (1968), S. 502-552.

acht Prozent. Noch akzentuierter sind die Resultate für die entsprechenden Bevölkerungsgruppen in den AL-Gebieten (Volksschule: 13 Prozent; Abitur, Hochschule: 55 Prozent). Die Bereitschaft zum zivilen Ungehorsam ist bei Personen mit höheren Bildungsabschlüssen sowohl in West-Berlin als auch in den AL-Gebieten etwa sechsmal so groß wie bei den Volksschülern.

Gemessen an den Assoziationskoeffizienten, beeinflußt der Aspekt Schulbildung die politische Beteiligung durchgängig stärker als die über den Beruf definierte sozioökonomische Lagerung. Wir führen dies unter anderem darauf zurück, daß der Indikator Schulbildung, neben dem Aspekt sozialer Status, auch den Aspekt kognitive Kompetenz berücksichtigt.

Generell kann festgehalten werden, daß mit höherem sozioökonomischen Status der Grad der politischen Partizipation wächst. Die politischen Führungsgruppen sind also, geht man davon aus, daß diese Schichten in erster Linie "ihre" Interessen verfolgen, in stärkerem Maße mit den Forderungen und Wünschen der oberen und mittleren Schichten als mit denen der unteren Schichten konfrontiert. Die Folgen einer solchen Situation werden von der Übereinstimmung der Forderungen innerhalb und zwischen den sozialen Schichten ebenso wie von der Reaktion der politischen Führungsgruppen auf den durch die unterschiedlichen Partizipationsraten signalisierten Druck bestimmt. Die Unterrepräsentanz der Forderungen und Wünsche der "schweigenden Mehrheit" ist eine denkbare Konsequenz[19].

3.3 Bindung an Organisationen

Von den Merkmalen Schulbildung und soziale Schichtzugehörigkeit wird angenommen, daß sie die Bereitschaft zur politischen Partizipation auf individueller Ebene beeinflussen. Der Grad der politischen Beteiligung steigt mit einem höheren sozioökonomischen Status des Bürgers an. Diese individualistische Art der Betrachtung läßt jedoch außer acht, daß Organisationen, unabhängig vom sozioökonomischen Status ihrer Mitglieder, einen eigenständigen Beitrag zur politischen Mobilisierung leisten können. Die Gewerkschaften, die Kirchen, insbesondere aber auch die politischen Parteien, sind hierfür die herausragenden Beispiele[20]. So haben es beispielsweise die Gewerkschaften durch ihre Mobilisierungsanstrengungen vermocht, statusniedrige Personen stärker in den Prozeß der politischen Willensbildung einzubringen, als dies aufgrund ihrer sozioökonomischen Merkmale vermutet werden konnte. Zudem signalisiert die Mitgliedschaft in und die psychologische Bindung an Organisationen ein individuelles Interesse am öffentlichen Leben. In dem Merkmal Organisationsbindung vermischen sich also kollektiv und individuell wirksame Einflüsse auf die politische Beteiligung. Dies verstärkt die These, daß der Grad der Organisationsbindung mit dem Grad der politischen Beteiligung in einem positiven Verhältnis stehen sollte.

Für unsere Analyse wurden drei unterschiedliche Indikatoren für Organisationsbindung ausgewählt: Bindung an die Gewerkschaften (Mitgliedschaft), Bindung an die Kirche (Kirchgangshäufigkeit) und Bindung an politische Parteien

(Parteiidentifikation). Es muß hier offen bleiben, ob die in je unterschiedlicher Weise operationalisierte "Bindung", unterschiedliche Sachverhalte subsumiert.

Der empirische Befund stützt den zwischen der Organisationsbindung und der politischen Partizipation generell vermuteten Zusammenhang nicht. Die ausgewählten Organisationen beeinflussen die konventionelle und die unkonventionelle politische Beteiligung in unterschiedlicher und kontextspezifischer Weise (West-Berlin insgesamt im Gegensatz zu den AL-Gebieten) (s. Tabelle 10).

In West-Berlin und in den AL-Gebieten ist die Gewerkschaftsmitgliedschaft für die konventionelle politische Beteiligung ohne Belang. Die Partizipationsneigung ist für die Mitglieder und die Nichtmitglieder der Gewerkschaften nahezu gleich. Dasselbe gilt jedoch nicht für die unkonventionelle politische Beteiligung. In West-Berlin insgesamt ist die Beziehung als stark, in den AL-Gebieten als eher schwach zu kennzeichnen. Das gefundene Muster ist nicht ohne weiteres einsichtig. Eine mögliche Erklärung könnte aus der folgenden Überlegung abgeleitet werden: (a) Gewerkschaftsmitglieder setzen sich im Wahlkampf aus Tradition für die SPD ein; (b) die SPD wurde in der Situation des Jahres 1981 von ihrer gewerkschaftlich orientierten Kernklientel, was ihre Vertretung von Arbeitnehmerinteressen anging, mit Skepsis betrachtet. Diese Konstellation könnte dazu geführt haben, daß sich das unter den Gewerkschaftsmitgliedern möglicherweise vorhandene Beteiligungspotential nicht in Wahlkampfaktivitäten für die SPD

Tabelle 10: Der Einfluß von Organisationsbindung auf den Grad der politischen Beteiligung

Merkmale der Organisationsbindung	West-Berlin Konventionelle politische Beteiligung keine	privat	öffentl.	Insgesamt		AL-Gebiete Konventionelle politische Beteiligung keine	privat	öffentl.	Insgesamt	
	%	%	%	%	N	%	%	%	%	N
Gewerkschaftsmitgliedschaft										
Nichtmitglieder	18	68	14	100	836	12	57	31	100	397
Mitglieder	18	71	11	100	66	11	59	30	100	37
Insgesamt	18	68	14	100	902	12	57	31	100	434
Gamma		-.05					.01			
Kirchgangshäufigkeit										
Fast jeden Sonntag	26	66	8	100	84	19	52	29	100	21
Ab und zu	13	77	10	100	141	18	63	19	100	38
Einmal im Jahr, selten	19	70	11	100	271	17	66	17	100	115
Nie	24	64	12	100	217	9	62	29	100	126
Keine Konfession	12	66	22	100	189	10	43	47	100	134
Insgesamt	18	68	14	100	902	12	57	31	100	434
Gamma		-.13					-.31			
Stärke der Parteiidentifikation										
Keine	25	65	10	100	271	25	64	11	100	138
Mässig bis sehr schwach	22	73	5	100	250	11	76	13	100	85
Ziemlich stark	13	69	18	100	293	6	51	43	100	125
Sehr stark	4	63	33	100	88	3	35	62	100	86
Insgesamt	18	68	14	100	902	12	57	31	100	434
Gamma		.33					.60			

Merkmale der Organisationsbindung	West-Berlin Unkonventionelle politische Beteiligung keine	legal	ziviler Ungehorsam	Insgesamt		AL-Gebiete Unkonventionelle politische Beteiligung keine	legal	ziviler Ungehorsam	Insgesamt	
	%	%	%	%	N	%	%	%	%	N
Gewerkschaftsmitgliedschaft										
Nichtmitglieder	44	47	9	100	787	35	38	27	100	376
Mitglieder	18	63	19	100	67	28	39	33	100	36
Insgesamt	42	49	9	100	854	35	38	27	100	412
Gamma		.50					.15			
Kirchgangshäufigkeit										
Fast jeden Sonntag	51	48	1	100	77	52	43	5	100	21
Ab und zu	49	47	4	100	134	65	32	3	100	34
Einmal im Jahr, selten	46	46	8	100	259	46	46	8	100	108
Nie	40	48	12	100	206	36	35	29	100	119
Keine Konfession	31	53	16	100	178	13	35	52	100	130
Insgesamt	42	49	9	100	854	35	38	27	100	412
Gamma		-.21					-.53			
Stärke der Parteiidentifikation										
Keine	48	43	9	100	257	47	37	16	100	129
Mässig bis sehr schwach	47	48	5	100	235	44	38	18	100	84
Ziemlich stark	36	52	12	100	278	30	38	32	100	117
Sehr stark	30	55	15	100	84	13	38	49	100	82
Insgesamt	42	49	9	100	854	35	38	27	100	412
Gamma		.18					.37			

(konventionelle politische Beteiligung), sondern in Protestaktivitäten ausgedrückt hat (unkonventionelle politische Beteiligung). Alternativ könnte gelten, daß es sich bei den in der Umfrage erfaßten Gewerkschaftsmitgliedern in erster Linie um Personen handelt, die eine besonders "progressive" Einstellung zur Politik auszeichnet (z.B. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, GEW).

Mit einem steigenden Grad der Kirchenbindung sinkt die Bereitschaft zur politischen Partizipation. Dieser Zusammenhang ist in den AL-Gebieten hinsichtlich der konventionellen wie der unkonventionellen Beteiligung stärker ausgeprägt als in West-Berlin insgesamt. Das Ergebnis widerspricht insgesamt der Ausgangshypothese, nach der Organisationsbindung die politische Partizipation positiv und nicht, wie hier festgestellt, negativ beeinflussen sollte. Das heißt nicht, daß es unter den Kirchgängern keine politisch aktiven Personen gibt. Sie sind allerdings rein zahlenmäßig derart in der Minderheit, daß sie bei dem gewählten Stichprobenumfang in unserer Umfrage nur sehr selten erfaßt werden. Eine einfache Erklärung für den generellen Befund bietet sich nicht an. Am ehesten könnte man an der im Vergleich zu den Nicht-Kirchgängern unterschiedlichen demographischen Zusammensetzung der Gruppe der Kirchgänger ansetzen. Letztere umfaßt in überdurchschnittlich hohem Maße Frauen und höhere Altersgruppen, Merkmalsausprägungen, von denen wir wissen, daß sie die Partizipationsneigung nicht positiv beeinflussen. Weiter könnte man anführen, daß Kirchenbindung eher am Status quo orientierte Einstellungen fördert. Wir werden dieser

These im Zusammenhang mit dem später ausgeführten komplexeren Erklärungsmodell für die politische Beteiligung noch weiter nachgehen.

Im Gegensatz zur Gewerkschafts- und Kirchenbindung zeigt sich hinsichtlich der Parteibindung der erwartete Zusammenhang. Er ist im Falle der konventionellen Beteiligung stärker ausgeprägt als im Falle der unkonventionellen Beteiligung. So beteiligt sich ein Drittel der Wahlberechtigten mit sehr starker Parteiidentifikation in West-Berlin an den Wahlkampfaktivitäten (öffentlich konventionelle Beteiligung); bei Befragten ohne Parteiidentifikation beträgt dieser Anteil dagegen lediglich zehn Prozent. In den AL-Gebieten ist der Zusammenhang noch prononcierter (keine Parteiidentifikation: 11 Prozent; sehr starke Parteiidentifikation: 62 Prozent). Das Ergebnis ist nicht nur für die über die Wirkung von Organisationsbindung allgemein angestellten Überlegungen plausibel. Wahlkampfaktivitäten sind darüber hinaus strukturell in spezifischer Weise mit den politischen Parteien verknüpft, und es ist schon aus diesem Grunde zu erwarten, daß sich Parteibindung positiv auf diesen Typ der politischen Beteiligung auswirkt.

Für die unkonventionelle Beteiligung ergibt sich ein ähnlicher, wenn auch schwächerer, Zusammenhang. Auch hier steigt die Bereitschaft zur Anwendung legal unkonventioneller Mittel und zum zivilen Ungehorsam mit dem Grad der Parteibindung. Das gilt nicht nur, wie zu erwarten wäre, für die Anhänger der AL, sondern auch für die Wahlberechtigten, die sich mit der CDU,

SPD oder der FDP identifizieren. Dieses Ergebnis spricht insgesamt für die These einer generellen Ausweitung des Handlungsrepertoires bei den politisch Aktiven über die institutionell vorgegebenen Beteiligungsformen hinaus[21]. Daraus folgt, daß die legal unkonventionelle Beteiligung oder der zivile Ungehorsam nicht schon von vornherein als gegen das liberal-demokratische Regierungssystem gerichtete Aktivitäten zu interpretieren sind.

3.4 Wertorientierungen

Werte sind abstrakte Maßstäbe, an denen Politik - Zustände, Ereignisse oder Objekte - gemessen wird. Das Ergebnis wertorientierter Politikbeurteilung, insbesondere wenn eine Diskrepanz zwischen Sein und Sollen vorliegt, kann als eine wichtige Quelle der Motivation zum politischen Handeln betrachtet werden. Obgleich diese generelle Feststellung noch nichts über die spezifische Beziehung zwischen abstrakten Maßstäben, konkreter Bewertung einzelner Sachverhalte und spezifischen Handlungspräferenzen aussagt, ist die These wertbezogener Handlungsantriebe doch weitgehend unbestritten.

In der vorliegenden Untersuchung werden zwei Indikatoren für Wertorientierungen herangezogen: (1) der von Inglehart (1971) vorgeschlagene Index für die Dominanz "materialistischer" oder "postmaterialistischer" Wertorientierung und (2) die in dieser Form von Klingemann/Pappi (1972) in den deutschen Sprachraum eingeführte "Links-Rechts" - Selbsteinstufungs-

skala[22]. Die Meßinstrumente sind wohl dokumentiert und in einer Fülle von Untersuchungen verwendet worden. Die Erwartung höherer politischer Beteiligung ist mit einer eher linken oder einer eher postmaterialistischen Wertorientierung verknüpft. Dies ergibt sich theoretisch aus der Gleichheitsforderung der Linken und dem individuell motivierten Gestaltungswunsch der Postmaterialisten. Wir wollen diese Argumentationsfigur hier nicht weiter ausführen, weil hierzu schon eine umfangreiche und bekannte Literatur vorliegt.

Der Berliner Befund entspricht diesen Erwartungen. In West-Berlin und in den AL-Gebieten sind die Beziehungen zwischen den genannten Wertorientierungen und den beiden Beteiligungstypen stark ausgeprägt. Am deutlichsten ergibt sich der Zusammenhang zwischen der Materialismus-Postmaterialismus - Skala und der unkonventionellen Beteiligung in den AL-Gebieten. Hier wird, wie die Tabelle 11 zeigt, der zivile Ungehorsam von den Materialisten nahezu völlig abgelehnt (1 Prozent), während sich Zweidrittel der Postmaterialisten in diesem Sinne engagieren wollen. Die Assoziationsmaße signalisieren ein Muster des Zusammenhangs, das den Wunsch nach stärkerer Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten bei den eher "progressiven" Teilen der Bevölkerung betont (s. Tabelle 11). Davon ist die Frage der politisch motivierten Gewalt, die später behandelt wird, zunächst unberührt.

Tabelle 11: Der Einfluß von Wertorientierungen auf den Grad der politischen Beteiligung

Merkmale der Wertorientierung	West-Berlin Konventionelle politische Beteiligung keine	privat	öffentl.	Insgesamt		AL-Gebiete Konventionelle politische Beteiligung keine	privat	öffentl.	Insgesamt	
	%	%	%	%	N	%	%	%	%	N
Materialismus - Postmaterialismus - Skala a)										
Materialistische Orientierung	27	66	7	100	273	32	58	10	100	79
Gemischt materialistische Orientierung	18	69	13	100	244	10	67	23	100	126
Gemischt postmaterialistische Orientierung	10	67	23	100	141	8	50	42	100	96
Postmaterialistische Orientierung	7	74	19	100	173	3	52	45	100	112
Insgesamt	17	69	14	100	831	12	57	31	100	413
Gamma		.35					.45			
Links - Rechts - Selbsteinstufungs - Skala b)										
Rechts (8-10)	17	75	8	100	126	-	70	30	100	46
Mitte-Rechts (6-7)	19	70	11	100	257	11	68	21	100	80
Mitte-Links (4-5)	17	75	8	100	263	6	70	24	100	128
Links (1-3)	7	53	40	100	113	2	39	59	100	105
Insgesamt	16	70	14	100	759	5	61	34	100	359
Gamma		.25					.36			

Merkmale der Wertorientierung	West-Berlin Unkonventionelle politische Beteiligung keine	legal	ziviler Ungehorsam	Insgesamt		AL-Gebiete Unkonventionelle politische Beteiligung keine	legal	ziviler Ungehorsam	Insgesamt	
	%	%	%	%	N	%	%	%	%	N
Materialismus - Postmaterialismus - Skala a)										
Materialistische Orientierung	54	45	1	100	259	70	29	1	100	76
Gemischt materialistische Orientierung	52	44	4	100	230	54	38	8	100	120
Gemischt postmaterialistische Orientierung	41	49	10	100	138	24	42	34	100	93
Postmaterialistische Orientierung	11	57	32	100	160	2	33	65	100	103
Insgesamt	42	49	9	100	787	36	36	28	100	392
Gamma		.48					.73			
Links - Rechts - Selbsteinstufungs - Skala b)										
Rechts (8-10)	47	51	2	100	118	43	53	4	100	47
Mitte-Rechts (6-7)	56	43	1	100	245	49	38	13	100	74
Mitte-Links (4-5)	35	55	10	100	255	29	53	18	100	122
Links (1-3)	17	43	40	100	107	10	20	70	100	100
Insgesamt	41	49	10	100	725	30	40	30	100	343
Gamma		.42					.58			

a) Gemischt materialistische Orientierung: ein materialistisches Ziel an erster und ein postmaterialistisches Ziel an zweiter Stelle genannt; gemischt postmaterialistische Orientierung: ein postmaterialistisches Ziel an erster und ein materialistisches Ziel an zweiter Stelle genannt.

b) Zusammenfassungen eine Links-Rechts - Selbsteinstufungs - Skala, die von 1 (Links) bis 10 (Rechts) läuft.

4. Zusammenfassende Analyse der sozialen und wertbezogenen Bestimmungsgründe der politischen Beteiligung

Im vorangegangenen Abschnitt wurden die zweiseitigen Beziehungen ausgewählter Merkmale zur konventionellen und unkonventionellen politischen Beteiligung diskutiert. Mit Ausnahme der Kirchen- und teilweise der Gewerkschaftsbindung, haben sich - soweit es die Richtung der Beziehungen betrifft - die theoretisch erwarteten Ergebnisse bestätigt. Die Stärke der Beziehungen schwankt jedoch sowohl hinsichtlich der beiden Beteiligungstypen (konventionell; unkonventionell) als auch hinsichtlich der betrachteten Bevölkerungen (West-Berlin; AL-Gebiete). Tabelle 12 weist diesen Sachverhalt zusammenfassend noch einmal aus.

Schulbildung und Geschlecht sind, statistisch gesehen, die "besten" Prädiktoren für konventionelle politische Beteiligung in West-Berlin; in den AL-Gebieten sind es Schulbildung und Parteibindung. Alter und Materialismus-Postmaterialismus - Orientierung hängen in West-Berlin, Materialismus-Postmaterialismus - Orientierung und Schulbildung in den AL-Gebieten am stärksten mit der unkonventionellen Beteiligungsbereitschaft zusammen. Ein eindeutiges, straffes Muster der Beziehungen, das für beide Kontexte gelten könnte, ist auch dann nicht zu erkennen, wenn man die übrigen Merkmale in die Betrachtung miteinbezieht. In dieser Lage ist es sinnvoll, die zusammenfassende Analyse je nach Beteiligungs- und Gebietstypen getrennt vorzunehmen.

Tabelle 12: Überblick über die Beziehungen zwischen den sozialen Hintergrundmerkmalen, Wertorientierungen und politischer Beteiligung

	Konventionelle politische Beteiligung		Unkonventionelle politische Beteiligung	
	West-Berlin	AL-Gebiete	West-Berlin	AL-Gebiete
	Gamma	Gamma	Gamma	Gamma
Demographische Merkmale				
Geschlecht	.39	.19	.15	.17
Alter (Generationslagerung)	.29	.49	.48	.60
Sozioökonomische Merkmale				
Schulbildung	.51	.64	.45	.62
Soziale Schicht	.29	.40	.13	.38
Organisationsbindung				
Gewerkschaftsmitgliedschaft	-.05	.01	.50	.15
Kirchgangshäufigkeit	-.13	-.31	-.21	-.53
Parteiidentifikation	.33	.60	.18	.37
Wertorientierungen				
Materialismus - Postmaterialismus - Skala	.35	.45	.48	.73
Links-Rechts - Selbsteinstufungs - Skala	.25	.36	.42	.58

Ein zweiter Aspekt ist zu beachten. Die Merkmale, die zur Erklärung der politischen Beteiligung herangezogen wurden, sind voneinander nicht unabhängig. So sind einerseits die einzelnen Merkmale innerhalb der von uns unterschiedenen Merkmalsgruppen miteinander verbunden. Andererseits besteht eine Beziehung der Merkmale zwischen den Merkmalsgruppen. In dieser Hinsicht wächst beispielsweise die postmaterialistische Wertorientierung mit höherem Schulabschluß, nimmt mit steigendem Alter die Kirchenbindung zu oder sind unter den Männern mehr Gewerkschaftsmitglieder zu finden als unter den Frauen. Man kann also nicht ausschließen, daß sich eine jeweils gefundene zweiseitige Beziehung bei der Kontrolle durch ein drittes Merkmal verändert. Die Vielzahl der möglichen Kontrolloperationen soll durch die Annahme plausibel begründeter Ursache-Wirkung-Beziehungen begrenzt werden.

Die hier angestellten zusammenfassenden Analysen haben in erster Linie explorativen Charakter. Um den Explorationen genügend Raum zu geben, wird die Anzahl der behaupteten Zusammenhänge klein gehalten. Generell sollen die folgenden Annahmen gelten: (1) Die demographischen Merkmale (Geschlecht; Alter) und die sozioökonomischen Merkmale (soziale Schicht;Schulbildung) seien den Merkmalen der Organisationsbindung vorgelagert und (2) diese wiederum den Merkmalen der Wertorientierung. Alle genannten Merkmale können (3) den Grad der politischen Beteiligung beeinflussen. Diese Annahmen sind mit dem von Pappi/Laumann (1974) vorgeschlagenen "Sozialisationsmodell" verträglich, das von Jagodzinski (1981) eingehend kritisiert wurde[23]. Im Gegensatz

zu diesem Modell wird in unserer Analyse jedoch nicht angenommen, daß alle Einflüsse der sozialen Hintergrundmerkmale (demographische und sozioökonomische Merkmale sowie Organisationsbindung) nur über die Wertorientierungen vermittelt auf das politische Verhalten wirken. Ob direkte Effekte angenommen werden müssen, wird offen gehalten. Welche der in diesem Modell insgesamt möglichen 35 Pfade tatsächlich für die Erklärung der politischen Beteiligung wichtig sind, wird empirisch entschieden. Das Kriterium hierfür ist das Ausmaß der Veränderung des Anteils der durch die Prädiktormerkmale insgesamt erklärten Varianz der politischen Beteiligung. Die Hintergrundeffekte, die von der Korrelation der Merkmale innerhalb der oben definierten drei Merkmalgruppen ausgehen, werden explizit nicht ausgewiesen. Sie sind im Anhang zusammengestellt. Neben den vollständigen Korrelationsmatrizen enthält der Anhang auch alle Informationen über die Skalierung der für die Rechnungen verwendeten Variablen.

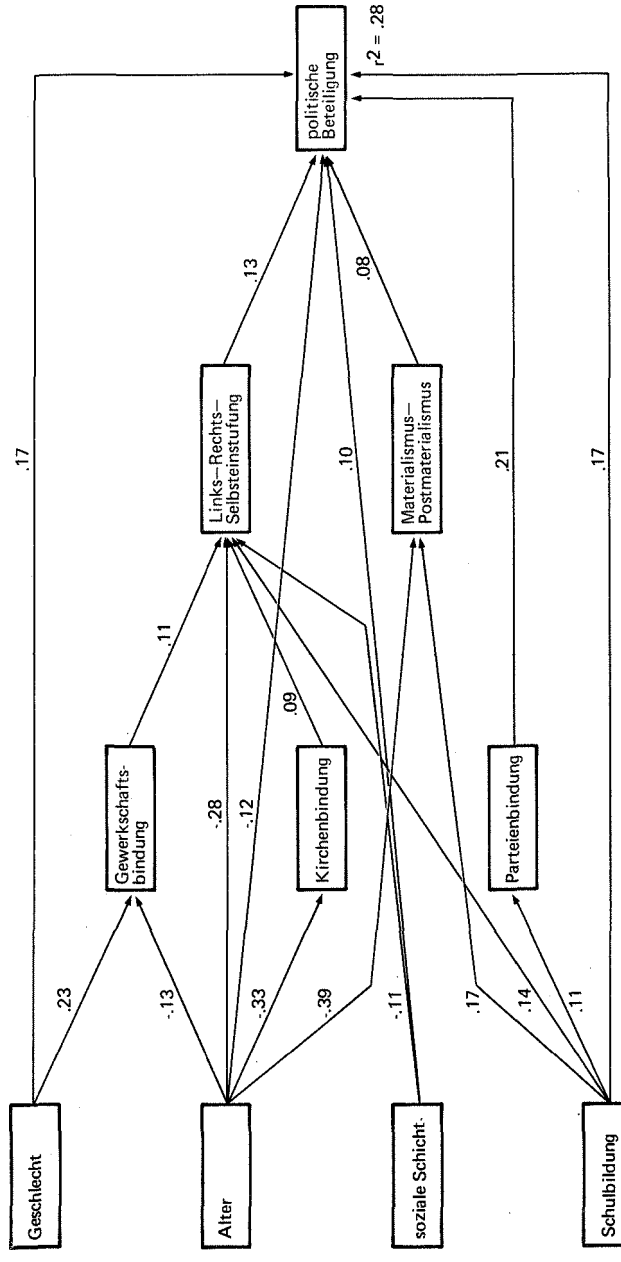
Für die Analyse verwenden wir ein Computerprogramm, das von Lohmöller (1984) entwickelt wurde[24)]. Die Aussagen, die wir aus den Modellrechnungen ableiten, sind mit vielen Zusatzannahmen belastet. So wird insbesondere eine fehlerfreie Messung der Indikatoren angenommen. Da diese - und andere - Annahmen nicht unproblematisch sind, tragen die mitgeteilten Ergebnisse nur vorläufigen Charakter und bedürfen der Überprüfung durch die weitere Forschung.

4.1 Konventionelle politische Beteiligung in West-Berlin

Die konventionelle politische Beteiligung in West-Berlin kann mit einem Modell, das die Wirkung der sozialen Hintergrundmerkmale allein durch die Wertorientierungen vermittelt darstellt, nicht erklärt werden. Die Effekte (standardisierte partielle Regressionskoeffizienten), die von der Links-Rechts - Selbsteinstufung (.13) und der Materialismus-Postmaterialismus - Skala (.08) ausgehen, sind im Vergleich zu den direkten Effekten der Parteibindung (.21), der Schulbildung (.17), des Geschlechts (.17), des Alters (-.12) und der sozialen Schicht (.10) als eher gering einzuschätzen. Insgesamt erklärt das im Schaubild 1 dargestellte Modell im statistischen Sinne 28 Prozent der Varianz der konventionellen politischen Beteiligung.

Die psychologische Bindung an eine der politischen Parteien erweist sich als das Merkmal mit dem relativ größten Gewicht. Mit steigendem Grad der Parteiidentifikation wächst die Neigung zur konventionellen politischen Partizipation. Dieses Ergebnis ist plausibel, wenn man bedenkt, daß sich ein Teil der in der Partizipationsskala zusammengefaßten konventionellen Beteiligungsformen explizit auf Wahlkampfaktivitäten bezieht. Der parteipolitisch stärker gebundene Bürger nimmt, weitgehend unabhängig von seiner sozialen Lagerung, die ihm gebotenen Beteiligungsmöglichkeiten eher wahr als der parteipolitisch weniger engagierte Bürger.

Schaubild 1 : Bestimmungsgründe der konventionellen politischen Beteiligung in West-Berlin



Die konventionelle Beteiligung wird zusätzlich sozialstrukturell durch einen höheren sozioökonomischen Status (Schulbildung; soziale Schicht), ein jüngeres Alter und durch männliche Geschlechtszugehörigkeit positiv beeinflußt. Höherer sozialer Status ist, wie wir aus der Literatur wissen, mit bestimmten politischen Einstellungen verbunden ("civic attitudes"), die partizipationsfördernd wirken[25]. Die höhere Beteiligungsbereitschaft der Männer entspricht dem traditionellen Rollenverständnis, und die mit steigendem Alter sinkende politische Partizipation hat, neben einer eher lebenszyklischen Erklärung, auch schlicht physische Ursachen. Diese strukturell angelegten Unterschiede in der Beteiligungsbereitschaft schlagen sich, wie das Modell zeigt, in Phasen hoher politischer Mobilisierung direkt, und nicht nur über Wertorientierungen vermittelt, nieder.

Die Wertorientierungen, die in je spezifischer Weise sozialstrukturell verankert sind, wirken sich, wie bereits erwähnt, nur bescheiden auf die konventionelle Beteiligung aus. Es gilt, daß eine eher linke oder eine eher postmaterialistische Wertorientierung die Beteiligungsbereitschaft leicht fördert. Offensichtlich sind also die konventionellen Beteiligungsformen sowohl von den Linken oder den Postmaterialisten als auch von den Rechten oder den Materialisten so weitgehend akzeptiert, daß sich - bei Kontrolle der sozialen Hintergrundmerkmale - ein größerer Unterschied der Beteiligungsraten aus ideologischen Ursachen nicht herleiten läßt.

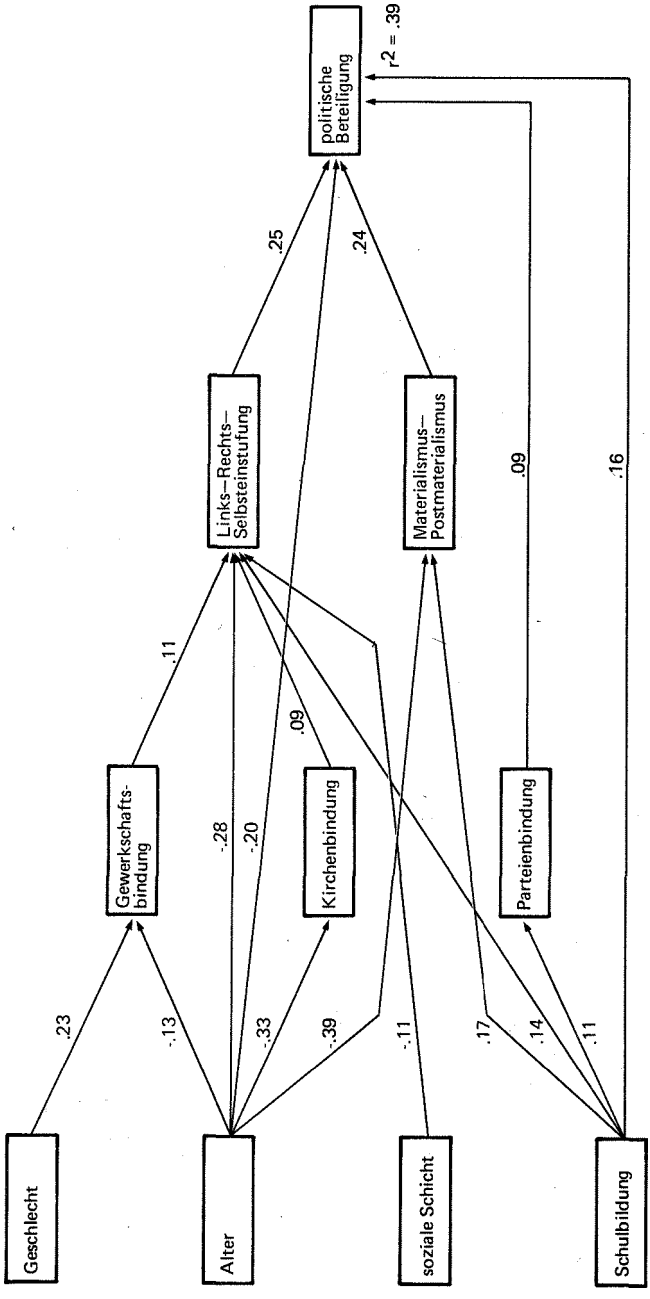
Festgehalten werden kann, daß für die Erklärung der konventionellen politischen Beteiligung in erster Linie die durch den Wahlkampf aktivierten Parteibindungen und die Mobilisierung strukturell angelegter Unterschiede der Beteiligungsbereitschaft ausschlaggebend sind.

4.2 Unkonventionelle politische Beteiligung in West-Berlin

Für die unkonventionelle politische Beteiligung gilt ein anderes Erklärungsmuster als für die konventionelle politische Beteiligung. Die Links-Rechts - Selbsteinstufung (.25) und die Materialismus-Postmaterialismus - Skala (.24) erweisen sich als die relativ wichtigsten Einflußgrößen. Direkte Effekte der sozialen Hintergrundmerkmale gehen nur noch vom Alter (-.20), von der Schulbildung (.16) und, in geringem Maße, von der Parteibindung (.09) aus. Insgesamt "erklärt" das im Schaubild 2 dargestellte Modell 39 Prozent der Varianz der unkonventionellen politischen Beteiligung.

Der nur geringfügige Einfluß der Parteibindung auf die unkonventionelle Beteiligung kann darauf zurückgeführt werden, daß diese Beteiligungsformen weit weniger durch die politischen Parteien vermittelt und auf die Institution der Wahl bezogen sind als die konventionellen Beteiligungsformen.

Schaubild 2 : Bestimmungsgründe der unkonventionellen politischen Beteiligung in West–Berlin



Nimmt man an, daß eine Ausweitung des politischen Aktionsrepertoires über die gewohnten Beteiligungsformen hinaus in erster Linie eine Zielvorstellung der Linken und der Postmaterialisten ist, die natürlich auch auf die spezifische Interessenvertretung bezogen ist, dann sind auch die starken Effekte der Wertorientierung auf die unkonventionelle politische Partizipation verständlich. Die Wertorientierungen sind ihrerseits in typischer Weise mit den Merkmalen Alter und Schulbildung verknüpft. Sinkendes Alter und steigende Schulbildung haben einen positiven Effekt auf die Ausbildung linker und postmaterialistischer Wertmuster. Alter und Schulbildung wirken in ähnlicher Weise aber auch direkt auf die Bereitschaft zu unkonventioneller politischer Beteiligung. Ein Teil der jungen Generation, insbesondere die besser Ausgebildeten, ist also entschlossen, politische Ziele auch mit Hilfe unkonventioneller Mittel durchzusetzen. Dies trifft, wie das Modell zeigt, bis zu einem gewissen Grade auch unabhängig von der Wertorientierung zu.

Nach diesen Befunden hängt die Bereitschaft zu unkonventioneller politischer Beteiligung in West-Berlin aber dennoch in erster Linie von den Wertorientierungen ab. Der spezifische Einfluß des Alters und der Schulbildung auf die Wertorientierungen einerseits und generell auf die unkonventionelle Beteiligungsbereitschaft andererseits legt eine generationstheoretische Deutung nahe.

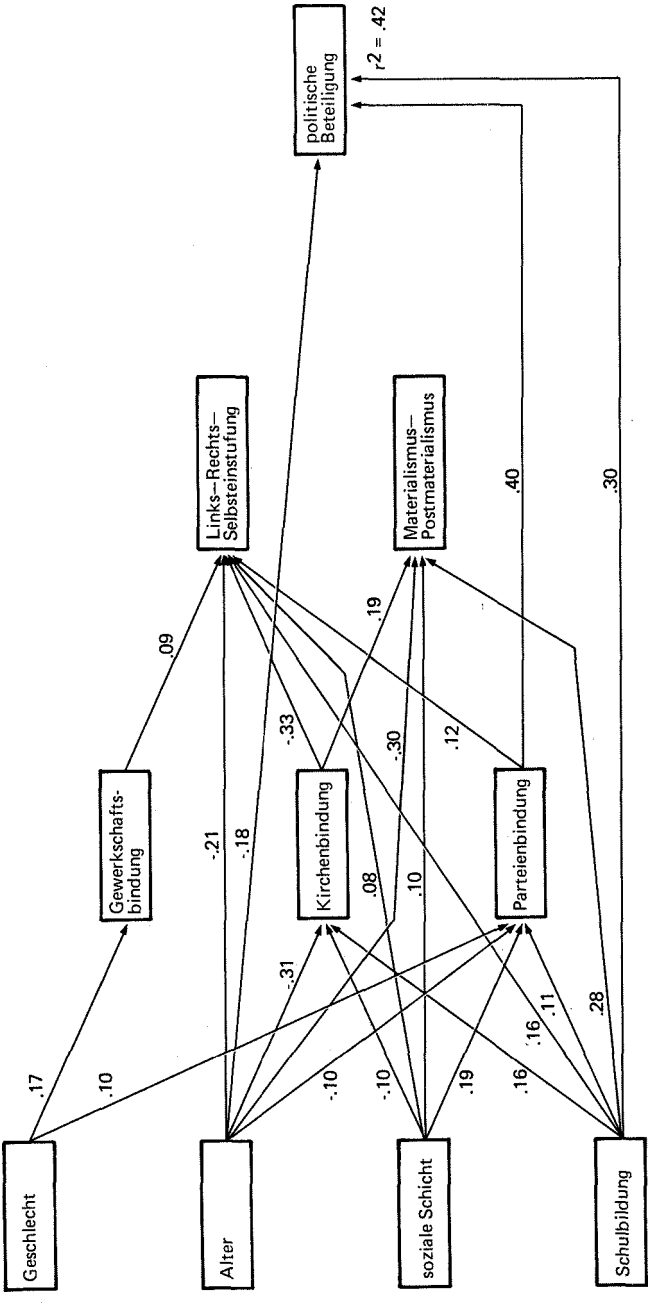
4.3 Konventionelle politische Beteiligung in den AL-Gebieten West-Berlins

Die AL-Gebiete unterscheiden sich von der in West-Berlin allgemein geltenden Situation durch eine unterschiedliche sozialstrukturelle Zusammensetzung der Bevölkerung, vor allem aber durch einen dort herrschenden höheren Problemdruck und eine dadurch hervorgerufene größere Politisierung der Wählerschaft. Da die Unterschiede sozialstruktureller Merkmale auf der individuellen Ebene in der Analyse weitgehend kontrolliert werden, könnten in einem solchen Kontext den unmittelbar politischen Bestimmungsgründen der Beteiligungsbereitschaft größere Bedeutung zukommen.

Das Ergebnis der Analyse deutet in diese Richtung. Die Bereitschaft zur konventionellen politischen Beteiligung erweist sich in erster Linie als eine Funktion der Parteiidentifikation (.40). Ebenso wie in West-Berlin insgesamt, allerdings in wesentlich größerem Maße, wächst die konventionelle Partizipationsbereitschaft mit steigender Parteibindung. Dies gilt, wie bereits ausgeführt, für alle politischen Parteien - die CDU, die FDP, die SPD und die AL.

Neben der Parteiidentifikation gehen direkte Effekte der in das Modell einbezogenen Merkmale nur noch von der Schulbildung (.30) und dem Alter (-.18) aus. Die Wertorientierungen spielen, kontrolliert man die übrigen Variablen, keine Rolle.

Schaubild 3 : **Bestimmungsgründe der konventionellen politischen Beteiligung in den AL–Gebieten West–Berlins**

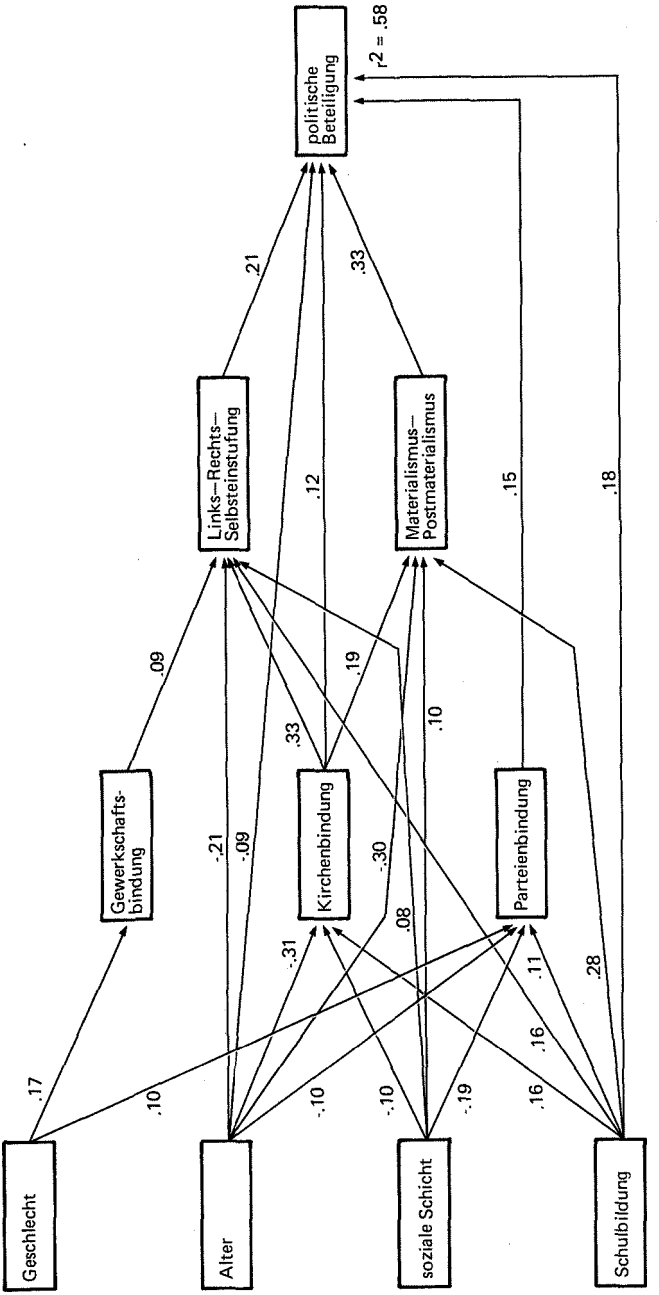


Nach diesem Ergebnis kommt den politischen Parteien in den hoch politisierten Gebieten West-Berlins hinsichtlich der konventionellen Beteiligung eine besondere Bedeutung zu. Anhänger aller Parteien nutzen die ihnen institutionell gegebenen Beteiligungschancen. Von einer höheren Bildung und einem jüngeren Alter gehen hier zusätzliche Effekte aus, die wir analog den schon zuvor gemachten Ausführungen interpretieren. Insgesamt "erklärt" das im Schaubild 3 vorgestellte Modell 42 Prozent der Varianz der konventionellen politischen Beteiligung.

4.4 Unkonventionelle Beteiligung in den AL-Gebieten West-Berlins

Der These, daß in den AL-Gebieten die für West-Berlin insgesamt geltenden Beziehungen in akzentuierter Weise zu beobachten seien, entspricht es, daß die Wertorientierungen für die Erklärung der unkonventionellen politischen Beteiligung hier den bei weitem größten Beitrag liefern (Links-Rechts - Selbsteinstufung: .21; Materialismus- Postmaterialismus - Skala: .33). Ebenso wie in West-Berlin insgesamt, geht auch in den AL-Gebieten der Effekt Parteibindung drastisch zurück (.15). Schulbildung (.18) und Alter (-.09) wirken, obwohl nur relativ geringfügig, in die bereits bekannte Richtung. Neu hinzu kommt in den AL-Gebieten allerdings der direkte Effekt Kirchenbindung (.12). Mit sinkender Kirchgangshäufigkeit steigt die Bereitschaft zur unkonventionellen Partizipation. Dies spricht für die nachlassende Kraft einer die Bindung an die gel-

Schaubild 4 : Bestimmungsgründe der unkonventionellen politischen Beteiligung in den AL-Gebieten West-Berlins



tende Ordnung betonenden Organisation. Bis auf diesen Aspekt ändert sich an der für West-Berlin insgesamt bereits angebotenen Interpretation der Wirkungsweise der einzelnen Merkmale allerdings nichts.

Mit 58 Prozent ist die "erklärte" Varianz für das im Schaubild 4 dargestellte Modell besonders hoch.

4.5 Zusammenfassung der Ergebnisse

Faßt man den Versuch der multivariaten Exploration der Bestimmungsgründe der beiden Typen politischer Beteiligungsbereitschaft unter verschiedenen kontextuellen Bedingungen zusammen, so lassen sich die folgenden Ergebnisse festhalten:

(1) Die konventionelle politische Beteiligung wird herausragend durch die psychologische Bindung an die politischen Parteien bestimmt.

(2) Die unkonventionelle politische Beteiligung hängt dagegen in erster Linie von den Wertorientierungen der Bürger ab.

(3) Beide Tendenzen treten unter den Bedingungen eines hochpolitisierten regionalen Kontextes (AL-Gebiete) mit besonderer Klarheit auf.

Natürlich dürfen dabei die im vorhergehenden diskutierten direkten Effekte nicht übersehen werden, die von der Sozialstruktur ausgehen. Aber selbst unter Beachtung dieser Effekte ist es gerechtfertigt, hinsichtlich der konventionellen politischen Beteiligung die Rolle der Parteien und hinsichtlich der unkonventionellen politischen Beteiligung den Wunsch nach einer Ausweitung der Beteiligungsmöglichkeiten unter den Linken und den Postmaterialisten besonders hervorzuheben.

5. Das Beteiligungsrepertoire der Bevölkerung

Kaase/Marsh (1979) haben nachgewiesen, daß sich konventionelle und unkonventionelle Beteiligungsformen gegenseitig nicht prinzipiell ausschließen[26]. Insbesondere die aktiven Parteigänger, so lautet ihr Befund, begreifen die unkonventionelle politische Beteiligung im instrumentellen Sinne als eine Ausweitung der Möglichkeiten, politische Ziele im Rahmen liberal-demokratisch verfaßter Systeme durchzusetzen. Auch die in Berlin erhobenen Daten legen eine solche Interpretation nahe. Bei der Besprechung der Dimensionalität der politischen Beteiligungsformen haben wir bereits darauf hingewiesen, daß die konventionelle und die unkonventionelle Partizipationsbereitschaft nicht unbeträchtlich miteinander in Zusammenhang stehen[27]. Zieht man Gamma als Maß der Assoziation zwischen den beiden Beteiligungsskalen heran, so ergeben sich Werte von .44 für West-Berlin insgesamt und von .56 für die AL-Gebiete West-Berlins. Diese Größenordnung der Beziehung rechtfertigt die Replikation einer von Kaase/Marsh vorgeschlagenen Typologie[28]. Die Typen, die das unterschiedliche Beteiligungsrepertoire der Bürger abbilden sollen, werden durch eine systematische Kombination der konventionellen und der unkonventionellen Beteiligungsformen gebildet. Dies ist in Tabelle 13 dargestellt.

Tabelle 13: Eine Typologie des Beteiligungsrepertoires der Bevölkerung

Unkonventionelle politische Beteiligung	Konventionelle politische Beteiligung		
	keine konventionelle Beteiligung	privat konventionelle Beteiligung	öffentlich-konventionelle Beteiligung
Keine unkonventionelle Beteiligung	INAKTIVE West-Berlin 11% AL-Gebiete 9%		KONFORMISTEN West-Berlin 31% AL-Gebiete 25%
Legal unkonventionelle Beteiligung			REFORMISTEN West-Berlin 42% AL-Gebiete 36%
Ziviler Ungehorsam	PROTESTIERER West-Berlin 7% AL-Gebiete 3%		AKTIVISTEN West-Berlin 9% AL-Gebiete 27%

Die "Inaktiven", die sich weder konventionell noch unkonventionell nennenswert beteiligen und die "Aktivisten", die sich der vollen Spannbreite der konventionellen und der unkonventionellen Partizipationsweisen bedienen können, sind konzeptionell eindeutig definiert. Entscheidendes Abgrenzungskriterium für die "Konformisten" wie für die "Protestierer" ist, daß für sie entweder die unkonventionelle (Konformisten) oder die konventionelle politische Beteiligung (Protestierer) nicht in Frage kommt. Die "Reformisten" unterscheiden sich von den Aktivisten einerseits und den Konformisten andererseits dadurch, daß sie den zivilen Ungehorsam ablehnen, aber dennoch bereit sind, legale unkonventionelle Beteiligungsformen anzuwenden[29].

Die Verteilung dieser Typen zeigt, daß es in der Bevölkerung ein eher breites Beteiligungsrepertoire gibt. Der Anteil der Inaktiven ist gering (West-Berlin: 11 Prozent; AL-Gebiete: 9 Prozent). Die Konformisten (West-Berlin: 31 Prozent; AL-Gebiete: 25 Prozent) und die Reformisten (West-Berlin: 42 Prozent; AL-Gebiete: 36 Prozent) sind, bei einem leichten Übergewicht der Reformisten, die gewichtigsten Gruppen. Die Aktivisten sind insbesondere in den AL-Gebieten stark vertreten (27 Prozent). In West-Berlin insgesamt liegt ihr Anteil bei neun Prozent. Mit sieben Prozent (West-Berlin) und drei Prozent (AL-Gebiete) sind die "reinen" Protestierer nur eine Minderheit. Die Bedrohung, die von ihnen ausgehen könnte, ist dennoch nicht zu vernachlässigen. Insgesamt müssen die politischen Führungsgruppen der Stadt aber davon ausgehen, daß sie es mit einer Bevölkerung zu tun haben, die bereit und fähig ist, ein breit gefächertes Spektrum politischer Beteiligungsformen zu nutzen, um ihre Anliegen nachdrücklich zu artikulieren.

Die Aktivisten beherrschen die Skala der Beteiligungsformen am besten und können so auch am ehesten ihre eigenen politischen Zielvorstellungen vertreten. Dies kann dann zu einem generellen Problem werden, wenn sich die Politikorientierungen dieses relativ kleinen Teils der Wählerschaft von denen der weniger aktiven, größeren Teile der Bevölkerung unterscheiden. Unsere Ergebnisse zeigen, daß dies der Fall ist.

Für die Analyse wurden vier generelle Politikorientierungen unterschieden: die der Alten und der Neuen Linken sowie die

der Alten und der Neuen Rechten[30]. Die Politikorientierungen der Alten Rechten dominieren unter den Inaktiven, den Konformisten und - überraschenderweise - unter den Protestierern. Auch unter den Reformisten ist der Anteil der Alten Rechten beachtlich. Die Aktivisten vertreten demgegenüber - sowohl in West-Berlin, als auch in den AL-Gebieten - zu über achtzig Prozent die Positionen der Neuen Linken. In einer solchen Situation ist es wahrscheinlich, daß die politischen Führungsgruppen den Politikzielen der Neuen Linken eine größere Aufmerksamkeit schenken, als es die Verteilung der generellen Politikorientierungen in der Bevölkerung nahelegen würde (s. Tabelle 14).

Für die einzelnen Parteien wirft dieser Sachverhalt offensichtlich dann besondere Probleme auf, wenn sich die Politikorientierungen ihrer aktiven und ihrer weniger aktiven Anhänger entgegenstehen. Das Mischungsverhältnis der Aktivisten und der Nicht-Aktivisten ist dafür - das ergibt sich aus dem bereits mitgeteilten Sachverhalt - ein guter Indikator.

Die Parteineigung der Aktivisten konzentriert sich in West-Berlin in erster Linie auf die AL (51 Prozent), aber auch auf die SPD (36 Prozent)[31]. In den AL-Gebieten gilt ihre Parteineigung eindeutig der AL (81 Prozent). Da sich die generelle Politikorientierung der Aktivisten und der Nicht-Aktivisten unter den AL-Anhängern jedoch kaum unterscheidet, stellt sich für diese Partei auch kein besonderes innerparteiliches Integrationsproblem. Unter den Bürgern mit einer Parteineigung für die SPD finden sich dagegen sehr unter-

Tabelle 14: Die generelle Politikorientierung von Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichem Beteiligungsrepertoire

West-Berlin

Generelle Politik-orientierung a)	In-aktive	Konfor-misten	Refor-misten	Akti-visten	Prote-stierer	Insgesamt
	%	%	%	%	%	%
Alte Linke	19	16	16	8	23	16
Neue Linke	14	16	36	84	17	30
Alte Rechte	64	59	40	4	52	47
Neue Rechte	3	9	8	4	8	7
	100	100	100	100	100	100
N	93	256	340	74	52	815

AL-Gebiete

Generelle Politik-orientierung a)	In-aktive	Konfor-misten	Refor-misten	Akti-visten	Prote-stierer	Insgesamt
	%	%	%	%	%	%
Alte Linke	11	30	17	5	(11)	16
Neue Linke	8	9	44	81	(67)	43
Alte Rechte	78	51	32	4	(22)	33
Neue Rechte	3	10	7	10	(-)	8
	100	100	100	100	100	100
N	36	101	142	112	9	400

a) Zur Definition der generellen Politikorientierung vgl. Fußnote 30.

schiedliche generelle Politikorientierungen (West-Berlin: Alte Linke 31 Prozent, Neue Linke 43 Prozent, Alte Rechte 23 Prozent, Neue Rechte 3 Prozent; AL-Gebiete: Alte Linke 34 Prozent, Neue Linke 41 Prozent, Alte Rechte 19 Prozent, Neue Rechte 6 Prozent). Daß die Neuen Linken den Vorteil der höheren Partizipationsneigung für sich haben, erleichtert die programmatische Versöhnung der verschiedenen Politikziele, insbesondere der Neuen und der Alten Linken, nicht gerade. Die Sozialdemokraten waren mit den Konsequenzen dieser Situation bereits in der Wahl des Jahres 1981 konfrontiert. Die Stimmenthaltung eines Teils ihrer Kernklientel (Alte Linke) und die sich damals zeigenden Abwanderungstendenzen der Neuen Linken unter den SPD-Anhängern zur AL werden der SPD auch in Zukunft noch manche Sorgen bereiten. Die FDP hat ähnliche Probleme. Die eher konservativ eingestellten Anhänger der CDU und der relativ geringe Anteil an Aktivisten unter ihren Anhängern werfen die Integrationsfrage für diese Partei in weit geringerem Maße auf. Dies verschafft ihr bei Wahlen derzeit eine vergleichsweise überlegene Ausgangsposition (s.Tabelle 15).

6. Das Gewaltpotential

Gewalt, definiert als physische Verletzung von Personen und Sachen, wird von den Bevölkerungen westlicher Demokratien als Mittel zur Duchsetzung politischer Ziele nahezu einhellig abgelehnt[32]. Dennoch kommt es immer wieder vor, daß politische Willenskundgebungen unter bestimmten Umständen gewalttätigen Charakter annehmen können. Dies gilt auch für West-Berlin.

Tabelle 15: Die Parteineigung von Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichem Beteiligungsrepertoire

West-Berlin

Parteineigung a)	Inaktive	Konformisten	Reformisten	Aktivisten	Protestierer	Insgesamt
	%	%	%	%	%	%
CDU	39	54	44	7	38	43
FDP	3	3	7	5	7	5
SPD	55	39	40	37	38	41
AL	3	4	9	51	17	11
	100	100	100	100	100	100
N	90	249	339	74	55	807

AL-Gebiete

Parteineigung a)	Inaktive	Konformisten	Reformisten	Aktivisten	Protestierer	Insgesamt
	%	%	%	%	%	%
CDU	27	41	28	1	(18)	23
FDP	6	4	6	3	(9)	5
SPD	57	50	43	15	(55)	38
AL	10	5	23	81	(18)	34
	100	100	100	100	100	100
N	30	100	141	112	11	394

a) Zur Definition der Parteineigung vgl. Fußnote 31.

Aus diesem Grund haben wir, wie bereits beschrieben, den Versuch gemacht, das Gewaltpotential in West-Berlin und in den AL-Gebieten West-Berlins wenigstens annäherungsweise zu bestimmen[33]. Dieser Versuch ist mit einem hohen Unsicherheitsfaktor behaftet. Wer gibt, wenn auch nur in einem sozialwissenschaftlichen Interview, eine strafbare Handlung oder die Bereitschaft zu einer solchen Handlung, schon offen zu ?

So ist es nicht weiter verwunderlich, daß in unserer Stichprobe der Wahlberechtigten für diese Stadt insgesamt wie auch für die Bundesrepublik so gut wie niemand zu Protokoll gab, an solchen Aktionen teilgenommen zu haben. Vor diesem Hintergrund ist es überraschend, daß der Anteil in den AL-Gebieten immerhin drei Prozent betrug[34]. Der Anteil der Befragten, die eine Anwendung politisch motivierter Gewalt für sich selbst als Handlungsmöglichkeit begreifen, liegt indes noch höher (West-Berlin: 5 Prozent; AL-Gebiete: 13 Prozent). Insgesamt ist das Gewaltpotential in West-Berlin mit sechs Prozent und in den AL-Gebieten mit 17 Prozent einzuschätzen[35].

Wie kann dieser Bevölkerungsteil näher beschrieben werden ? Wie sehen seine sonstigen Beteiligungsrepertoires, Wertorientierungen und Parteineigungen aus ?

Man mag vermuten, daß die Protestierer unter denen, die eine Bereitschaft zu politisch motivierter Gewalt zu erkennen geben, besonders häufig vertreten sind. Dies ist jedoch nicht der Fall. Die Aktivisten stellen nach unseren Ergebnissen die weitaus größte Gruppe (West-Berlin: 52 Prozent; AL-Gebiete: 79

Prozent). Ein Teil von ihnen ist also bereit, das ohnehin schon große Aktionsrepertoire in Richtung der gewalttätigen politisch motivierten Beteiligung auszuweiten.

Betrachtet man die Wertorientierungen, so sind auch hier deutliche Schwerpunkte zu erkennen. Im Gewaltpotential dominieren die linken (West-Berlin: 59 Prozent; AL-Gebiete: 66 Prozent) und die postmaterialistischen Überzeugungen (West-Berlin: 50 Prozent; AL-Gebiete: 55 Prozent). Etwa Dreiviertel der Befragten, die eventuell politisch motivierte Gewalt anwenden würden, sind der Neuen Linken zuzurechnen (West-Berlin: 75 Prozent; AL-Gebiete: 79 Prozent). Soweit es die Parteineigung angeht, bezeichnen sich etwa vier Fünftel als Anhänger der AL oder der SPD (West-Berlin: AL 55 Prozent, SPD 29 Prozent; AL-Gebiete: AL 82 Prozent, SPD 14 Prozent). Besonders die AL, aber auch die SPD, werden sich also mit dem Problem politisch motivierter Gewalt auseinanderzusetzen haben (s. Tabelle 16).

Insgesamt ist das Gewaltpotential in West-Berlin nicht größer als im Bundesgebiet[36]. Daß es sich in den Problemgebieten der Stadt konzentriert und von den Aktivisten weit mehr als von den Protestierern getragen wird, muß allerdings nachdenklich stimmen. Selbstverständlich gilt, daß politisch motivierte Gewalt nach der Verfassung und unserem Politikverständnis kein Mittel der politischen Willenskundgebung sein darf. Gamson (1968), Coser (1956) und andere haben aber zu Recht darauf hingewiesen, daß die Wahl der Beteiligungsformen auch mit der Reaktionsfähigkeit der Herrschaftsträger zusammenhängt[37].

Tabelle 16: Das Beteiligungsrepertoire, die Wertorientierungen und die Parteineigung des Gewaltpotentials

	West-Berlin			AL-Gebiete		
	Gewalt-potential	Kein Gewalt-potential	Insgesamt	Gewalt-potential	Kein Gewalt-potential	Insgesamt
	%	%	%	%	%	%
Beteiligungsrepertoire						
Inaktive	7	12	12	-	11	9
Konformisten	17	32	31	6	30	26
Reformisten	22	44	43	12	41	35
Aktivisten	52	5	8	79	15	27
Protestierer	2	7	6	3	3	3
	100	100	100	100	100	100
N	46	762	808	73	317	390
Links-Rechts - Selbsteinstufungs-Skala a)						
Links (1-3)	59	12	14	66	21	30
Mitte-Links (4-5)	32	35	35	21	37	34
Mitte-Rechts (6-7)	4	36	34	10	25	22
Rechts (8-10)	6	17	16	3	17	14
	100	100	100	100	100	100
N	48	699	747	68	275	343
Gamma		.73			.66	
Materialismus - Postmaterialismus - Skala b)						
Postmaterialistische Orientierung	50	19	21	55	20	27
Gemischt postmaterialistische Orientierung	28	16	17	34	20	22
Gemischt materialistische Orientierung	22	30	29	11	35	31
Materialistische Orientierung	-	35	33	-	25	20
	100	100	100	100	100	100
N	46	770	816	74	323	397
Gamma		.67			.71	
Generelle Politikorientierung c)						
Alte Linke	11	16	15	5	19	16
Neue Linke	75	28	31	79	33	42
Alte Rechte	8	49	47	5	41	34
Neue Rechte	6	7	7	11	7	8
	100	100	100	100	100	100
N	52	818	870	76	334	410
Parteineigung d)						
AL	55	9	11	82	21	32
SPD	29	42	41	14	44	39
FDP	4	5	5	4	5	5
CDU	12	44	43	-	30	24
	100	100	100	100	100	100
N	51	814	865	76	328	404

a) Zusammenfassung einer Links-Rechts - Selbsteinstufungs - Skala.

b) Gemischt postmaterialistische Orientierung: ein postmaterialistisches Ziel an erster und ein materialistisches Ziel an zweiter Stelle genannt; gemischt materialistische Orientierung: ein materialistisches Ziel an erster und ein postmaterialistisches Ziel an zweiter Stelle genannt.

c) Zur Definition der generellen Politikorientierung vgl. Fußnote 30.

d) Zur Definition der Parteineigung vgl. Fußnote 31.

Wenn das politische System die Fähigkeit verliert, sich veränderten gesellschaftlichen Problemlagen anzupassen, muß es bei einer partizipationsorientierten Bevölkerung - und wenn auch nur partiell - mit Widerstand rechnen. Antworten die Herrschaftsträger auf die Interessenartikulation der Bürger mit dem verstärkten Einsatz staatlicher Machtmittel, um Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, dann kann daraus für den politischen Prozeß eine spezifische, nicht wünschenswerte Eigendynamik entstehen. Kaase hat dies so formuliert: "Es ist nicht zu bestreiten, daß dem Prozeß demokratischer Regierungsweise unter solchen Umtänden Gefahren drohen können, die in einem wahrhaft dialektischen Prozeß den Einsatz gerade solcher repressiver Techniken durch den Staat herausfordern, die von den Aktivisten aufgrund ihrer demokratischen Wertorientierung überzeugt abgelehnt und bekämpft werden."[38] In jedem Falle muß, so meinen wir, bei der Debatte um Gewaltpotentiale in der Politik die Frage nach der Ursache und der Wirkung gestellt werden. Die steigende Partizipationsfähigkeit und -bereitschaft der Bürger in Verfolgung ihrer Interessen macht Demokratie zunehmend zu mehr als nur zu einer Methode, bei Wahlen zwischen konkurrierenden Eliten abzustimmenn[39].

7. Die Konsequenzen der politischen Beteiligung

Die bisherige Analyse hat gezeigt, daß sich Bevölkerungsgruppen durch ihr unterschiedliches Beteiligungsrepertoire deutlich voneinander abgrenzen lassen. Als

gegensätzliche Typen stehen sich die Aktivisten, die ein hohes Beteiligungsniveau auszeichnet, und die Inaktiven, die kaum am politischen Leben teilnehmen, gegenüber. Lohnt sich für die Aktivisten die Mühe der politischen Beteiligung? Sind die Politikprioritäten der Aktivisten von denen der weniger aktiven Bevölkerung verschieden? Wie reagiert die politische Führungsschicht auf den Versuch aktiver Einflußnahme? Der Diskussion dieser Fragen und der damit verbundenen demokratietheoretischen Problematik wollen wir uns nun abschließend zuwenden.

In der empirischen Forschung haben sich vor allem Verba/Nie (1972) mit dem angesprochenen Themenbereich beschäftigt[40]. Sie ermittelten Anfang der siebziger Jahre die Politikprioritäten der politischen Führungsschichten in 64 amerikanischen Gemeinden und stellten sie den Politikprioritäten der Gemeindeeinwohner gegenüber. Dabei wurde zwischen Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlicher Partizipationsneigung differenziert. Die von Verba/Nie mitgeteilten Ergebnisse besagen zweierlei: (a) Die aktiven Bürger haben andere Politikpräferenzen als die eher inaktiven Bürger, und (b) die Politikprioritäten der Aktiven stimmen mit denen der politischen Führungsschicht weitgehend überein. Verba/Nie deuten dies als einen Effekt der politischen Partizipation. Die politische Führungsschicht reagiert auf den aktiven Bürger.

Die Anlage unserer Berlin-Studie läßt einen ähnlichen Vergleich der Politikprioritäten der Wählerschaft einerseits und der

politischen Führungsschicht andererseits zu. Letztere wird durch die Kandidaten der CDU, FDP, SPD und AL, die sich im Jahre 1981 zur Wahl zum Abgeordnetenhaus beworben haben, operational definiert[41].

Um die Politikprioritäten der Wählerschaft zu ermitteln, wurde im Interview die folgende Frage gestellt:

"Wir haben hier eine Reihe von Aufgaben und Zielen, über die in Berlin gesprochen wird. Sagen Sie uns bitte für jede dieser Aufgaben, ob sie ihnen persönlich sehr wichtig, wichtig, nicht so wichtig, ganz unwichtig erscheint oder ob Sie dagegen sind."

Den Kandidaten wurde eine entsprechende Frage vorgelegt:

"In der Öffentlichkeit werden zahlreiche Aufgabengebiete für die Berliner Politik diskutiert. Sicher werden nicht alle zugleich gelöst werden können. Auch ist für manche die Gesetzgebung des Bundes notwendig. Wir haben hier einen Katalog verschiedener Aufgabenbereiche zusammengestellt. Kennzeichnen Sie bitte, welche Sie jeweils für vordringlich, dringlich, weniger dringlich oder nicht dringlich bzw. unwichtig halten."

In der Bevölkerungsumfrage wurden zehn, in der Kandidatenbefragung 33 einzelne politische Themen zur Bewertung vorgegeben. Sechs dieser Themen sind, wenn auch nicht wörtlich, so doch dem Inhalt nach, vergleichbar. Im Einzelnen handelt es sich um Fragen der Wohnungspolitik, der Interessenverfilzung, der Arbeitsmarktpolitik, der Sozialpolitik, der Teilnahmerechte der Bürger und der Unterstützung alternativer Lebensformen. Die genauen Formulierungen sind in Tabelle 17 zusammengestellt.

Tabelle 17: Die Politikprioritäten von Wählerschaft und politischer Führungsschicht: Formulierung der verglichenen Themen im Fragebogen

Bevölkerungsumfrage (Wählerschaft)	Kandidatenumfrage (politische Führungsschicht)
Wohnungspolitik	
Bereitstellung billigen Wohnraums	Wohnungen und Mieterschutz
Bürgereinfluß	
Freiheiten und demokratische Rechte des Bürgers	Mehr Einfluß der Bürger auf politische Entscheidungen
Filz	
Maßnahmen gegen den "Filz" in Politik und Verwaltung	Bürokratie und "Filz"
Interessen der älteren Mitbürger	
Stärkere Berücksichtigung der Interessen älterer Mitbürger	Rentner, Senioren
Arbeitsplätze	
Schaffung neuer Arbeitsplätze	Arbeitsplätze
Unterstützung alternativer Lebensformen	
Unterstützung alternativer Lebensformen	Förderung von Projekten der Bürgerinitiativen und der Alternativbewegung

Die "Wohnungspolitik" und der "Filz" standen im Jahre 1981, nicht zuletzt wegen der Hausbesetzungen und der Garski-Affäre, im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Das mangelnde Arbeitsplatzangebot ("Arbeitsplätze") war (und ist) nicht nur in Berlin ein zentrales politisches Problem. Angesichts der Überalterung der Stadt kann das Thema "Interessen der älteren Mitbürger" stets besondere Aufmerksamkeit beanspruchen. Die Fragen des "Bürgereinflusses" auf die Politik und die "Unterstützung alternativer Lebensformen" wurden im Wahlkampf 1981 ebenfalls breit thematisiert[42]. Die erfaßten sechs Problembereiche bilden die Vielfalt der 1981 diskutierten politischen Themen sicherlich nicht erschöpfend ab. Die vorliegenden Daten erlauben es aber, die Frage der Übereinstimmung der Politikprioritäten von Wählerschaft und Führungsschicht sinnvoll zu untersuchen. Verglichen wird die Rangordnung der Themen zwischen den Inaktiven, den Konformisten, den Reformisten, den Protestierern und den Aktivisten einerseits und den Kandidaten andererseits. Ermittelt werden die Rangordnungen durch die relative Häufigkeit, mit der die einzelnen Themen in den jeweiligen Gruppen als "sehr wichtig" (Bevölkerung) oder "vordringlich" (Kandidaten) eingestuft werden. Die Rangordnung sagt nichts über die Positionen aus, die ein Befragter zu diesen Fragen einnehmen kann - dies wäre für die Analyseabsicht auch gar nicht wünschenswert. Sie besagt nur, daß die ausgewählten politischen Themen in einer bestimmten Reihenfolge auf der Tagesordnung stehen.

Das Ergebnis der Analyse ist in Tabelle 18 dargestellt. Die Politikprioritäten der Inaktiven und der Konformisten

entsprechen sich. Die Wohnungspolitik (Rang 1) und die "Filz"-Problematik (Rang 2) genießen das höchste, der Bürgereinfluß (Rang 5) und die Frage der alternativen Lebenformen (Rang 6) das niedrigste Interesse. Die Themen "Arbeitsplätze" (Rang 3) und "Interessen der älteren Mitbürger" liegen im Mittelfeld. Die Politikprioritäten der Reformisten und der Protestierer unterscheiden sich von denen der Inaktiven und der Konformisten nur geringfügig. Im Falle der Reformisten tauschen die Themen "Bürgereinfluß" (Rang 4) und "Interessen der älteren Mitbürger" (Rang 5), im Falle der Protestierer die Themen "Arbeitsplätze" (Rang 2) und "Filz" (Rang 3) die Plätze. Im Gegensatz dazu ergibt sich bei den Aktivisten eine deutlich andere Rangfolge. Ebenso wie die übrigen Gruppen sehen auch die Aktivisten in der Wohnungspolitik das wichtigste Problemfeld (Rang 1). Dies spiegelt die überragende Bedeutung wider, die dem Problem Hausbesetzungen von der Bevölkerung zu diesem Zeitpunkt insgesamt zugemessen wurde. Damit sind jedoch die Gemeinsamkeiten bereits erschöpft. Den zweiten Rang nimmt der "Bürgereinfluß" ein. Das Thema "Unterstützung alternativer Lebenformen", das alle übrigen Gruppen an die letzte Stelle setzen, rückt auf den vierten Platz vor. Die Probleme "Arbeitsplätze" (Rang 5) und "Interessen älterer Mitbürger" (Rang 6) werden dagegen von den Aktivisten zurückgestuft. Der "Filz" findet sich auf dem dritten Rang. Die politische Agenda der Aktivisten ist somit eine spezifisch andere als die der restlichen Gruppen. Damit kann die Frage untersucht werden, ob die Politikprioritäten der Aktivisten oder diejenigen der vergleichsweise weniger aktiven Bevölkerungsteile denen der Kandidaten eher entsprechen.

Tabelle 18: Die Politikprioritäten von Wählerschaft und politischer Führungsschicht: Rangfolge der politischen

Themen	Wohnungs-politik	Filz	Arbeits-plätze	Interessen der älteren Mitbürger	Bürger-einfluß	Unterstützung alternativer Lebensformen
Wählerschaft insgesamt	1[a)]	2	3	4	5	6
Inaktive	1	2	3	4	5	6
Konformisten	1	2	3	4	5	6
Protestierer	1	3	2	4	5	6
Reformisten	1	2	3	5	4	6
Aktivisten	1	3	5	6	2	4
Politische Führungsschicht	2	4	1	6	3	5

a) Die Zelleneingänge sind Rangplätze.

Die politische Führungsschicht widmet dem Thema "Arbeitsplätze" (Rang 1), im Unterschied zu allen Bevölkerungsgruppen, die größte Aufmerksamkeit. Die Konsequenzen, die Arbeitslosigkeit auf der Ebene des politischen Systems für viele andere Politikbereiche hat, kann hierfür wohl als Grund angesehen werden. Sieht man aber von diesem Politikfeld einmal ab, so gilt für die politische Führungsschicht die gleiche Rangfolge der Politikprioritäten wie für die Aktivisten.

Nach der Interpretation von Verba/Nie ist dieser Sachverhalt vor allem darauf zurückzuführen, daß sich die Aktivisten durch den hohen Grad der Beteiligung bei der politischen Führungsschicht Gehör verschaffen können. Diese Sichtweise weist auf einen Beeinflussungsprozeß hin, der von "unten" nach "oben" verläuft. Natürlich heißt das nicht, daß nicht auch die politische Führungsschicht werbend für ihre Ziele eintritt. Mobilisierungsaktivitäten der politischen Führungsschicht sind, zumindest in den demokratisch verfaßten Gesellschaften, eine notwendige Voraussetzung für das Funktionieren des politischen Prozesses. Aber wir teilen die Ansicht von Verba/Nie, Barnes/Kaase et al. (1979) und anderen, daß der Politiker heute mehr als früher dem Druck der aktiven Bürger ausgesetzt ist, wenn es gilt die Tagesordnung der Politik zu bestimmen[43]. Dafür spricht die Bereitschaft dieser Bürger, sich, um ihre Ziele durchzusetzen, eines breiten Spektrums von Beteiligungsformen zu bedienen, eines Spektrums, das weit über die institutionell vorgesehenen Beteiligungsformen hinausreicht.

Die Aktivisten sind, bezogen auf die gesamte Wählerschaft, eine Minderheit. Sie unterscheiden sich - das zeigt sich bei Verba/Nie und in der Berliner Untersuchung - in ihren Politikprioritäten von der Mehrheit der Bevölkerung. Darüber hinaus gilt, daß die Politikprioritäten der Aktivisten mit denen der politischen Führungsschicht in stärkerem Maße übereinstimmen, als dies für die übrigen Bevölkerungsgruppen der Fall ist. Die Aktivisten und die politische Führungsschicht sind sich also weitgehend über die jeweilige Tagesordnung der Politik einig. Eine solche Situation kann dann zu Legitimations- und Repräsentationsproblemen führen, wenn dabei die Themen in systematischer Weise vernachlässigt werden, die für die große Mehrheit der Bevölkerung von Interesse sind. Das Problem hat unter dem Stichwort "Politische Ungleichheit" Eingang in die demokratietheoretische Debatte gefunden. Anders gewendet heißt das Ergebnis aber auch, daß sich politische Beteiligung - im Sinne des ökonomischen Verhaltensmodells - "lohnt"[44]. Dennoch ist politische Führung stets mehr gewesen als bloßes Reagieren auf die Forderungen der politisch Aktiven. Die kurzen Wege der unkonventionellen politischen Partizipation können den mühevollen Prozeß der Mehrheitsbildung durch die kompromißhafte Einbindung partikulärer Ziele in ein politisches Gesamtkonzept nicht ersetzen. Gerade dies aber muß von den Politikern in einer repräsentativ verfaßten Demokratie auch geleistet werden.

Ein hoher Grad politischer Aktivitäten kann, wie wir gesehen haben, auch in Gewalt einmünden. Was daraus folgen kann - die letzten Jahre der Weimarer Republik und die traumatische

Erfahrung des Nationalsozialismus legen dafür ein beredtes Zeugnis ab. Solchen Tendenzen entgegenzutreten ist Sache des Staates. Dies gilt auch für West-Berlin. Die mitgeteilten Zahlen belegen, daß es sich nicht nur um ein theoretisches Problem handelt. Dennoch glauben wir, zieht man die Summe, weder an die Unregierbarkeit der Stadt, noch teilen wir den Pessimismus Huntingtons über die anarchistischen Züge der postindustriellen, durch Partizipation gekennzeichneten Gesellschaft[45]. Partizipationsbereite Bürger und eine reaktions- und führungsfähige politische Elite sind das Rückgrad der parlamentarisch-demokratischen Demokratie. Weder die Bürger noch die politische Führungsschicht West-Berlins haben, so unser Befund, diese Eigenschaften verloren.

Anmerkungen

1) Vgl. Norman H. Nie/Sidney Verba, Political Participation, in: Fred I. Greenstein/Nelson W. Polsby (Hrsg.), **Handbook of Political Science, Nongovernmental Politics,** Bd. 4, Reading, Mass.: Addison-Wesley 1975, S. 1.

2) Vgl. Samuel H. Barnes/Max Kaase et al., **Political Action, Mass Participation in Five Western Democracies,** Beverly Hills, Ca.: Sage 1979, S. 540-559.

3) Vgl. Edward N. Muller, An Explanatory Model for Differing Types of Political Participation, in: **European Journal of Political Research,** 10. Jg. (1982), H.1, S. 1-16.

4) Vgl. Dieter Fuchs, Die Aktionsformen der neuen sozialen Bewegungen, in: Jürgen W. Falter/Christian Fenner/Michael Th. Greven (Hrsg.), **Politische Willensbildung und Interessenvermittlung,** Opladen: Westdeutscher Verlag 1984, S. 621-634.

5) Vgl. Hans-Martin Uehlinger, **The Dimensionality of Political Participation,** Paper presented at the Sixth Annual Scientific Meeting of the International Society of Political Psychology, Oxford, 19.-22. Juli 1983.

6) Als AL-Gebiete werden diejenigen Stimmbezirke bezeichnet, in denen die Alternative Liste (AL) bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im Jahre 1979 überproportional viel Stimmen bekam (mindestens 9.5 % der abgegebenen gültigen Stimmen).

7) Wie in Tabelle 4 mitgeteilt, korreliert die konventionelle politische Beteiligung mit der politisch motivierten Gewalt mit r = .09 und die unkonventionelle politische Beteiligung mit der politischen Gewalt mit r = .20. Dagegen beträgt die Korrelation zwischen der konventionellen und der unkonventionellen politischen Beteiligung r = .58.

8) Hans-Martin Uehlinger hat mich auf diesen Sachverhalt hingewiesen. Die leichte Verschiebung in den AL-Gebieten betrifft das Item 3 (vgl. Tab. 4), das nach seiner Analyse zur öffentlich-konventionellen Beteiligung zu rechnen ist.

9) Vgl. Louis Guttman, The Basis of Scalogram Analysis, in: Samuel A. Stouffer et al., **Measurement and Prediction,** Princeton: Princeton University Press 1950, S. 60-90. Die Skalen wurden mit Hilfe des OSIRIS-III Programms GSCORE gebildet. Würde man nur die Fälle in die Analyse einbeziehen, deren Antwortmuster fehlerfrei sind, so würde die Anzahl der Fälle insgesamt sehr stark reduziert werden. Wir haben deshalb bei der Skalenbildung maximal eine Abweichung von dem fehlerfreien Antwortmuster und zwei fehlende Werte zugelassen. Diese Skalenwerte wurden nach dem Prinzip der minimalen Veränderung des fehlerfreien Antwortmusters korrigiert. War die Zuweisung eines Werts nach diesem Prinzip nicht eindeutig, so wurde der Median eingesetzt. Nach den von Guttman selbst vorgeschlagenen Kriterien (Reproduktionskoeffizient = .9, Skalierungskoeffizient = .6) können wir in beiden Fällen davon ausgehen, daß eindimensionale Quasiskalen für die konventionelle und die unkonventionelle politische Beteiligung vorliegen. Weitere Einzelheiten sind aus den Tabellen 5 und 6 zu entnehmen. Die Korrelationen der Faktorenwerte (vgl. Tab. 4) mit den entsprechenden Guttman-Skalen betragen im Falle der Skala für konventionelle politische Beteiligung r = .86 und im Falle der Skala für unkonventionelle politische Beteiligung r = .93. Dieses Ergebnis spricht für die Verläßlichkeit der hier verwendeten Guttman-Skalen.

10) Dabei handelt es sich um die Items 6 (Mit anderen Bürgern in dieser Stadt zusammenarbeiten, um Probleme dieser Stadt zu lösen), 7 (Mit Politikern sprechen oder sonst mit ihnen Kontakt aufnehmen, um politische Dinge zu erörtern) und 13 (Beteiligung an einem wilden Streik). Vgl. auch Tab. 4. Der wesentliche Grund, diese Items wegzulassen, liegt darin, daß sie entweder eine ähnliche Verteilung aufweisen, die der anderer in die Skalen aufgenommenen Items entspricht (d.h. die Dimension an derselben Position schneiden), oder weil die Gelegenheit für eine solche Art der Beteiligung für bestimmmte Bevölkerungsgruppen strukturell verschieden ist (wilder Streik).

11) Unsere wesentlichen Bezugspunkte sind: Lester W. Milbrath/M. Lal Goel, **Political Participation,** Chicago: Rand McNally 1977; Nie/Verba, **Political Participation** (Anm. 1); Sidney Verba/Norman H. Nie, **Participation in America, Political Democracy and Social Equality,** New

York: Harper & Row 1972; Sidney Verba/Norman H. Nie/Jae-on Kim, **Participation and Political Equality, A Seven-Nation Comparison,** Cambridge: Cambridge University Press 1978; Barnes/Kaase et al., **Political Action** (Anm. 2); David Horton Smith/Jacqueline Macaulay et al. (Hrsg.), **Participation in Social and Political Activities,** San Francisco: Jossey, Bass 1980.

12) Dies ist mit der sozialisationstheoretischen Annahme verknüpft, daß sich die politischen Grundeinstellungen in der Adoleszensphase ausbilden. Die Annahme ist umstritten. Die Literatur zur Politischen Sozialisation ist außerordentlich umfangreich; sie kann hier nicht dargestellt werden. Einen knappen ersten Einstieg und die wichtigsten Literaturhinweise bieten: Dorothee Dickenberger, Politische Sozialisation, in: Manfred G. Schmidt (Hrsg.), **Westliche Industriegesellschaften,** München: Piper 1983, S. 351-357; Michael Zängle, **Einführung in die politische Sozialisationsforschung,** Paderborn: Schöningh 1978.

13) Vgl. Verba/Nie/Kim, **Participation and Political Equality** (Anm. 11).

14) Vgl. Barnes/Kaase et al., **Political Action** (Anm.2).

15) Vgl. Max Kaase, Partizipatorische Revolution - Ende der Parteien? in: Joachim Raschke (Hrsg.), **Bürger und Parteien,** Opladen: Westdeutscher Verlag 1982, S. 173-189.

16) Vgl. Hans-Dieter Klingemann, The Background of Ideological Conceptualization, in: Barnes/Kaase et al., **Political Action** (Anm. 2), S. 255-277.

17) Vgl. z.B. Verba/Nie, **Participation in America** (Anm. 11), S. 125-137.

18) Vgl. Gerhard Kleining/Harriett Moore, Soziale Selbsteinstufung (SSE). Ein Instrument zur Messung sozialer Schichten, in: **Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie,** 20. Jg. (1968), H.3, S. 502-552.

19) Zu diesem Problem äußern sich vor allem: Verba/Nie, **Participation in America** (Anm. 11); Verba/Nie/Kim, **Participation and Political Equality** (Anm. 11) und auch Kaase, **Partizipatorische Revolution** (Anm. 15).

20) Vgl. Nie/Verba, **Political Participation** (Anm. 1), S. 53-59.

21) Vgl. Max Kaase/Alan Marsh, Political Action Repertory, in: Barnes/Kaase et al., **Political Action** (Anm. 2), S. 137-166.

22) Vgl. Ronald Inglehart, The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies, in: **The American Political Science Review**, 65. Jg. (1971), H.4, S. 991-1017; Hans-Dieter Klingemann/Franz Urban Pappi, **Politischer Radikalismus**, München: Oldenbourg 1972, S. 17-23.

23) Vgl. Franz Urban Pappi/Edward O. Laumann, Gesellschaftliche Wertorientierungen und politisches Verhalten, in: **Zeitschrift für Soziologie**, 3. Jg. (1974), H.2, S. 157-188; Wolfgang Jagodzinski, Sozialstruktur, Wertorientierung und Parteibindung, in: **Zeitschrift für Soziologie**, 10. Jg. (1981), H.2, S. 170-191.

24) Vgl. Jan-Bernd Lohmöller, **LVPLS Program Manual, Version 1.6**, Köln: Zentralarchiv für empirische Sozialforschung 1984.

25) Vgl. Verba/Nie, **Participation in America** (Anm. 11), S. 125-137.

26) Vgl. Kaase/Marsh, **Political Action Repertory** (Anm. 21).

27) Vgl. Anm. 7.

28) Die Replikation gilt nur für die theoretischen Konzeptualisierung, nicht aber für die Operationalisierung. So haben Kaase/Marsh (Anm. 21) im Falle der Skala für die unkonventionelle politische Beteiligung neben der Beteiligungsbereitschaft auch die Befürwortung bzw. Ablehnung unkonventioneller Beteiligungsformen für die Skalenbildung herangezogen. Sie haben darüber hinaus andere Punkte bei der Typenbildung gesetzt. Die Ver- können also nicht direkt miteinander vergli- werden.

29) Vgl. zu dieser Deutung der Typen: Max Kaase, Strukturen politischer Beteiligung, in: Rudolf Wildenmann (Hrsg.), **Form und Erfahrung. Ein Leben für die Demokratie**, Berlin: Duncker & Humblot 1976, S. 129-151.

30) Zur operationalen Definition der generellen Politikvorstellungen wurden die Links-Rechts - Selbsteinstufungsskala und die Materialismus-Postmaterialismus - Skala herangezogen. Die beiden Variablen wurden dichotomisiert und miteinander kombiniert (Linke/Materialisten = Alte Linke; Linke/Postmaterialisten = Neue Linke; Rechte/Materialisten = Alte Rechte; Rechte/Postmaterialisten = Neue Rechte). Den Hinweis auf diese Art der Operationalisierungsmöglichkeit verdanke ich Helmut Thome. Eine Begründung der Typologie findet sich in: Hans-Dieter Klingemann, **Conflicting Modes of Political Orientation, or What Happens to the German Left? The Case of West-Berlin,** Paper prepared for the Conference on "Representation and the State: Problems of Governability and Legitimacy in Western European Democracies", Stanford University, 11.-15. Oktober 1982.

31) Das Merkmal "Parteineigung" erfaßt in breiter Weise die affektive Parteiorientierung der Befragten. Zur operationalen Definition wurden die Variablen Parteiidentifikation (erster Indikator), Rangordnung der Parteien (zweiter Indiktor) und Sympathieeinstufung der Parteien (dritter Indikator) herangezogen.

32) Vgl. Barnes/Kaase et al., **Political Action** (Anm. 2), S 543-547.

33) Vgl. S. 22 und Tab.7.

34) Vgl. Tab. 3.

35) Vgl. Tab. 7.

36) Vgl. Tab. 7.

37) Vgl. William A. Gamson, **Power and Discontent,** Homewood: Dorsey Press 1968; Lewis Coser, **The Function of Social Conflict,** New York: Free Press 1956.

38) Vgl. Max Kaase, **Strukturen politischer Beteiligung** (Anm. 29), S. 151.

39) Vgl. ebd.

40) Vgl. Verba/Nie, **Participation in America** (Anm. 11), S. 299-333, 410-414. Diese Angabe gilt auch für die folgenden Verweise auf Verba/Nie.

41) In der Kandidatenumfrage wurden sowohl die Kandidaten zum Berliner Abgeordnetenhaus als auch die Kandidaten zu den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen befragt. Wir haben uns in unserer Analyse auf die Kandidaten der CDU, FDP, SPD und AL beschränkt, die sich für das Abgeordnetenhaus beworben haben. Dies geschah deshalb, weil wir meinen, daß dadurch der für die Repräsentationsproblematik generell wichtige gesamtberliner Aspekt besser getroffen wird.

42) Weitere Angaben bei: Bernhard Weßels, **Wählerschaft und Führungsschicht, Probleme politischer Repräsentation,** Berlin: Freie Universität Berlin (**Informationen aus Lehre und Forschung** 3) 1985.

43) Vgl. Barnes/Kaase et al., **Political Action** (Anm. 2).

44) Vgl. Mancur Olson, **The Logic of Collective Action,** Cambridge, Mass.: Harvard University Press 1965. Karl Dieter Opp und seine Mitarbeiter haben in jüngster Zeit wichtige Beiträge zur Frage der politischen Partizipation vorgelegt, die sich am ökonomischen Verhaltensmodell orientieren. Sie haben, wegen des anderen Designs ihrer Studie, jedoch keine Daten über die Führungsschicht in ihre Modelle einbeziehen können. Vgl. Karl Dieter Opp et al., **Soziale Probleme und Protestverhalten,** Opladen: Westdeutscher Verlag 1984; Karl Dieter Opp, Normen, Altruismus und politische Partizipation, in: Horst Todt (Hrsg.), **Normengeleitetes Verhalten in den Sozialwissenschaften,** Berlin: Duncker & Humblot 1984, S. 85-113; Karl Dieter Opp, **Konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation,** Hamburg: Universität Hamburg, Institut für Soziologie 1985 (mimeo.).

45) Vgl. Samuel P. Huntington, Postindustrial Politics: How Benign Will It Be?, in: **Comparative Politics,** 6. Jg. (1974), H.1, S. 163-191.

Literatur

Samuel H. Barnes/Max Kaase et al., **Political Action, Mass Participation in Five Western Democracies,** Beverly Hills, Ca.: Sage 1979.

Lewis Coser, **The Function of Social Conflict,** New York: Free Press 1956.

Dorothee Dickenberger, Politische Sozialisation, in: Manfred G. Schmidt (Hrsg.), **Westliche Industriegesellschaften,** München: Piper 1983, S. 351-357.

Dieter Fuchs, Die Aktionsformen der neuen sozialen Bewegungen, in: Jürgen W. Falter/Christian Fenner/Michael Th. Greven (Hrsg.), **Politische Willensbildung und Interessenvermittlung,** Opladen: Westdeutscher Verlag 1984, S. 621-634.

William A. Gamson, **Power and Discontent,** Homewood: Dorsey Press 1968

Louis Guttman, The Basis of Scalogram Analysis, in: Samuel A. Stouffer et al., **Measurement and Prediction,** Princeton: Princeton University Press 1950, S. 60-90.

Samuel P. Huntington, Postindustrial Politics: How Benign Will It Be?, in: **Comparative Politics,** 6. Jg. (1974), H.1, S. 163-191.

Ronald Inglehart, The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies, in: **The American Political Science Review,** 65. Jg. (1971), H.4, S. 991-1017.

Wolfgang Jagodzinski, Sozialstruktur, Wertorientierung und Parteibindung, in: **Zeitschrift für Soziologie,** 10. Jg. (1981), H.2, S. 170-191.

Max Kaase, Strukturen politischer Beteiligung, in: Rudolf Wildenmann (Hrsg.), **Form und Erfahrung. Ein Leben für die Demokratie,** Berlin: Duncker & Humblot 1976, S. 129-151.

Max Kaase/Alan Marsh, Political Action Repertory, in: Samuel H. Barnes/Max Kaase et al., **Political Action, Mass Participation in Five Western Democracies,** Beverly Hills, Ca.: Sage 1979, S. 137-166.

Max Kaase, Partizipatorische Revolution - Ende der Parteien? in: Joachim Raschke (Hrsg.), **Bürger und Parteien,** Opladen: Westdeutscher Verlag 1982, S. 173-189.

Gerhard Kleining/Harriett Moore, Soziale Selbsteinstufung (SSE). Ein Instrument zur Messung sozialer Schichten, in: **Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie,** 20. Jg. (1968), H.3, S. 502-552.

Hans-Dieter Klingemann/Franz Urban Pappi, **Politischer Radikalismus,** München: Oldenbourg 1972.

Hans-Dieter Klingemann, The Background of Ideological Conceptualization, in: Barnes/Kaase et al., **Political Action, Mass Participation in Five Western Democracies,** Berverly Hills: Sage 1979, S. 255-277.

Hans-Dieter Klingemann, **Conflicting Modes of Political Orientation, or What Happens to the German Left? The Case of West-Berlin,** Paper prepared for the Conference on "Representation and the State: Problems of Governability and Legitimacy in Western European Democracies", Stanford University, 11.-15. Oktober 1982.

Jan-Bernd Lohmöller, **LVPLS Program Manual, Version 1.6,** Köln: Zentralarchiv für empirische Sozialforschung 1984.

Lester W. Milbrath/M. Lal Goel, **Political Participation,** Chicago: Rand McNally 1977.

Edward N. Muller, An Explanatory Model for Differing Types of Political Participation, in: **European Journal of Political Research,** 10. Jg. (1982), H.1, S. 1-16.

Norman H. Nie/Sidney Verba, Political Participation, in: Fred I. Greenstein/Nelson W. Polsby (Hrsg.), **Handbook of Political Science, Nongovernmental Politics,** Bd. 4, Reading, Mass.: Addison-Wesley 1975, S. 1-74.

Mancur Olson, **The Logic of Collective Action,** Cambridge, Mass.: Harvard University Press 1965.

Karl Dieter Opp et al., **Soziale Probleme und Protestverhalten,** Opladen: Westdeutscher Verlag 1984.

Karl Dieter Opp, Normen, Altruismus und politische Partizipation, in: Horst Todt (Hrsg.), **Normengeleitetes Verhalten in den Sozialwissenschaften,** Berlin: Duncker & Humblot 1984, S. 85-113.

Karl Dieter Opp, **Konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation,** Hamburg: Universität Hamburg, Institut für Soziologie 1985 (mimeo.).

Franz Urban Pappi/Edward O. Laumann, Gesellschaftliche Wertorientierungen und politisches Verhalten, in: **Zeitschrift für Soziologie,** 3. Jg. (1974), H.2, S. 157-188.

David Horton Smith/Jacqueline Macaulay et al. (Hrsg.), **Participation in Social and Political Activities,** San Francisco: Jossey, Bass 1980.

Hans-Martin Uehlinger, **The Dimensionality of Political Participation,** Paper presented at the Sixth Annual Scientific Meeting of the International Society of Political Psychology, Oxford, 19.-22. Juli 1983.

Sidney Verba/Norman H. Nie, **Participation in America, Political Democracy and Social Equality,** New York: Harper & Row 1972.

Sidney Verba/Norman H. Nie/Jae-on Kim, **Participation and Political Equality, A Seven-Nation Comparison,** Cambridge: Cambridge University Press 1978.

Bernhard Weßels, **Wählerschaft und Führungsschicht, Probleme politischer Repräsentation,** Berlin: Freie Universität Berlin (Informationen aus Lehre und Forschung 3) 1985.

Michael Zängle, **Einführung in die politische Sozialisationsforschung,** Paderborn: Schöningh 1978.

Anhang

Die Skalierung der Variablen für die Kausalanalyse (Schaubilder 1-4)

1) Geschlecht	männlich	1	
	weiblich	2	
2) Alter	niedrig	18	(Jahre)
	bis		
	hoch	94	(Jahre)
3) Schulbildung	Volksschule	1	
	bis		
	Universität	5	
4) Soziale Schicht	Unterschicht	1	
	bis		
	obere Schichten	5	
5) Gewerkschaftsmitgliedschaft	Nicht-Mitglied	1	
	Mitglied	2	
6) Kirchgangshäufigkeit	mindestens einmal pro Woche	1	
	bis		
	keine Konfession	7	
7) Parteiidentifikation	keine	1	
	bis		
	sehr stark	4	
8) Links-Rechts - Selbsteinstufungs - Skala	Rechts	1	
	bis		
	Links	10	
9) Materialismus-Postmaterialismus - Skala	Materialismus	1	
	bis		
	Postmaterialismus	4	
10) Konventionelle politische Beteiligung	niedrig	0	
	bis		
	hoch	5	
11) Unkonventionelle politische Beteiligung	niedrig	0	
	bis		
	hoch	7	

Korrelationsmatrix zu den Modellen der Schaubilder 1 und 2 (West-Berlin; pairwise deletion, N ca. 900)

Geschlecht	1.000										
Alter	- .166	1.000									
Schulbildung	.193	- .359	1.000								
Soziale Schicht	.023	- .063	.463	1.000							
Gewerkschaftsmitgliedschaft	.251	- .170	.041	- .061	1.000						
Kirchgangshäufigkeit	.112	- .333	.091	- .042	.111	1.000					
Parteiidentifikation	.049	.021	.108	.112	.043	- .068	1.000				
Links-Rechts - Selbsteinstufung	.086	- .368	.198	- .042	.175	.213	- .009	1.000			
Materialismus - Postmaterialismus	.103	- .448	.311	.099	.062	.157	.033	.501	1.000		
Konventionelle politische Beteiligung	.260	- .303	.366	.224	.138	.148	.250	.261	.287	1.000	
Unkonventionelle politische Beteiligung	.094	- .450	.356	.103	.103	.190	.113	.469	.504	.434	1.000

Korrelationsmatrix zu den Modellen der Schaubilder 3 und 4 (AL-Gebiete; pairwise deletion, N ca. 400)

Geschlecht	1.000										
Alter	- .107	1.000									
Schulbildung	.059	- .477	1.000								
Soziale Schicht	- .067	- .234	.549	1.000							
Gewerkschaftsmitgliedschaft	.166	- .065	- .018	- .095	1.000						
Kirchgangshäufigkeit	.107	- .360	.255	.063	- .009	1.000					
Parteiidentifikation	.102	- .204	.257	.258	- .005	.039	1.000				
Links-Rechts - Selbsteinstufung	.030	- .423	.330	.099	.104	.454	.197	1.000			
Materialismus - Postmaterialismus	.019	- .519	.518	.335	.052	.368	.219	.538	1.000		
Konventionelle politische Beteiligung	.139	- .403	.487	.344	.079	.199	.509	.283	.391	1.000	
Unkonventionelle politische Beteiligung	.099	- .506	.526	.332	.046	.420	.327	.567	.662	.568	1.000